



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 26. März 2012 (02.04)  
(OR. en)**

7446/12

---

**Interinstitutionelles Dossier:  
2011/0039 (COD)**

---

**CODEC 603  
COMER 53  
WTO 88  
COWEB 37  
USA 6  
ACP 33  
COEST 70  
NIS 19  
SPG 15  
UD 66  
PE 98**

## **INFORMATORISCHER VERMERK**

---

des	Generalsekretariats
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung bestimmter Verordnungen zur gemeinsamen Handelspolitik hinsichtlich der Verfahren für die Annahme bestimmter Maßnahmen – Ergebnis der ersten Lesung des Europäischen Parlaments (Straßburg, 12. bis 15. März 2012)

---

### **I. EINLEITUNG**

Die Berichterstatterin, Frau Godelieve QUISTHOUDT-ROWOHL (PPE - DE), hat im Namen des Ausschusses für internationalen Handel einen Bericht mit 318 Abänderungen (Abänderungen 1-318) zu dem Verordnungsvorschlag vorgelegt.

Die Fraktionen PPE und S&D haben zwölf weitere Änderungsanträge (Abänderungen 319-330) eingebracht.

## II. AUSSPRACHE

Die Berichterstatterin eröffnete die Aussprache am 13. März 2012 mit folgenden Ausführungen:

- Ziel des sogenannten "Omnibus I"-Vorschlags sei die Anpassung des gesamten EU-Handelsrechts an den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere an die Artikel 290 und 291.
- Mit dem Vertrag von Lissabon verfüge das Europäische Parlament über ein Mitspracherecht in Handelsfragen, das kein anderes Parlament in der Europäischen Union in dieser Form habe.
- Das sogenannte "common understanding" zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über den Rückgriff auf delegierte Rechtsakte sei im Kommissionsvorschlag nicht berücksichtigt worden, müsse jedoch beachtet werden.
- Sie sei für eine Informationspflicht der Kommission gegenüber den Mitgliedstaaten bei Einleitung von handelspolitischen Schutzmaßnahmen, auch wenn eine förmliche Konsultation nicht mehr erforderlich sei.
- In den allermeisten Fällen solle das Prüfverfahren eingesetzt werden, doch empfehle sie das Beratungsverfahren für die Fälle, in denen eine rasche, konkrete Antwort von der Kommission benötigt werde.
- Die Fristen bei Antidumping- und Antisubventionsverfahren sollten nicht auf das Maximum, das nach den WTO-Regeln erlaubt ist, ausgedehnt, sondern vielmehr verkürzt werden.
- Auch müsse eine Berichtspflicht der Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament und der Öffentlichkeit aufgenommen werden.
- Das Plenum werde am nächsten Tag über die Änderungsanträge und über die legislative Entschließung abstimmen. Dies sei ein gutes "Backup" und ein Mandat für die Verhandlungen im Rahmen des Trilogs. Sie gehe davon aus, dass die Verhandlungen schnell abgeschlossen werden können, da das Europäische Parlament flexibel und kompromissbereit sei.

Das Kommissionsmitglied Dacian CIOLOS äußerte sich wie folgt:

- Er danke dem Europäischen Parlament und insbesondere der Berichterstatterin und dem Vorsitzenden des Ausschusses für internationalen Handel für ihre Arbeit an dem Dossier und ihre konstruktive Haltung.
- Er hoffe, dass die Beratungen über das Dossier rasch mit Erfolg abgeschlossen werden könnten.

- Die Kommission könne die Abänderungen akzeptieren, was das Beratungsverfahren bei vorbereitenden Maßnahmen und die Aufnahme von delegierten Rechtsakten in die Verordnung über einen befristeten Schutzmechanismus für die Einfuhren aus China anbelangt.
- Auch könne sich die Kommission den Vorschlägen zu den Fristen in der Antidumping-Verordnung anschließen, doch müsse hierüber weiter beraten werden, da es noch praktische und rechtliche Probleme gebe, die gelöst werden müssten.

Herr Daniel CASPARY (PPE – DE) trug im Namen seiner Fraktion Folgendes vor:

- Das Europäische Parlament habe im Bereich der Gemeinsamen Außenhandelspolitik nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Bedeutung und Machtbefugnisse hinzugewonnen.
- Er sei der Berichterstatterin dankbar, dass sie sich mit Akribie in dieses äußerst technische Dossier eingearbeitet und vor allem im Bereich der Antidumping- und Antisubventionsverfahren Fristverkürzungen eingebracht habe.
- Er appelliere an die Abgeordneten, ihre Rolle ernst zu nehmen; das Europäische Parlament müsse seiner Verantwortung gerecht werden und seine Kontrollbefugnisse wahrnehmen.

Herr Vital MOREIRA (S&D – PT) äußerte sich im Namen seiner Fraktion wie folgt:

- Er danke der Berichterstatterin für ihre Arbeit und die erzielten Kompromisse.
- Dem Europäischen Parlament falle bei der Gemeinsamen Handelspolitik eine entscheidende Rolle zu, und diese Politik sei sehr wichtig.
- Das Europäische Parlament müsse seine Kontrollaufgaben bei sämtlichen Gesetzgebungsakten der Union uneingeschränkt wahrnehmen können; wenn daher die Kommission Gesetzgebungsakte ändere und ergänze, müsse dies im Wege delegierter Rechtsakte geschehen.
- Was die Durchführungsbestimmungen betreffe, so könnten die Mitgliedstaaten kein generelles Vetorecht haben, da die Gemeinsame Handelspolitik in die ausschließliche Zuständigkeit der Union falle.

Frau Silvana KOCH-MEHRIN (ALDE – DE) trug im Namen ihrer Fraktion Folgendes vor:

- Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon habe sich im Bereich der Gemeinsamen Handelspolitik alles dramatisch geändert.

- Der "Omnibus I"-Vorschlag sei zwar ein sehr technisches Dossier, das jedoch enorme und weitreichende Auswirkungen auf die Gemeinsame Handelspolitik habe, wie beispielsweise die Fristen bei den Antidumping- und Antisubventionsverfahren.
- Sie danke der Berichterstatterin für ihre ausgezeichnete Arbeit und hoffe, dass die Verhandlungen sehr bald erfolgreich abgeschlossen werden können.

### **III. ABSTIMMUNG**

Das Europäische Parlament hat bei seiner Abstimmung am 14. März 2012 die Abänderungen angenommen, die in der Anlage im Wortlaut wiedergegeben sind. Gleichzeitig hat es über die legislative Entschließung abgestimmt, die ebenfalls in der Anlage beigefügt ist.

---

## **Gemeinsame Handelspolitik\*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2012 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung bestimmter Verordnungen zur gemeinsamen Handelspolitik hinsichtlich der Verfahren für die Annahme bestimmter Maßnahmen (COM(2011)0082 – C7-0069/2011 – 2011/0039(COD))**

**(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2011)0082),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 2 und Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C7-0069/2011),
  - gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,
  - gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für internationalen Handel (A7-0028/2012),
1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;
  2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

### **Abänderung 1**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Erwägung 3 – Spiegelstrich 3 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Verordnung (EG) Nr. 3448/93 des Rates vom 6. Dezember 1993 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren<sup>1</sup>;**

---

<sup>1</sup> *ABl. L 318 vom 20.12.1993, S. 18.*

## Abänderung 2

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3 – Spiegelstrich 12 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Verordnung (EG) Nr. 1236/2005 des Rates vom 27. Juni 2005 betreffend den Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten<sup>1</sup>,**

---

<sup>1</sup>ABl. L 200 vom 30.7.2005, S. 1.

## Abänderung 3

### Vorschlag für eine Verordnung Erwägung 3 – Spiegelstrich 23

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**– Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete,**

**entfällt**

## Abänderung 4

### Vorschlag für eine Verordnung Artikel 2 – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**In allen im Anhang aufgeführten Verordnungen gilt die Bezugnahme auf die „Europäische Gemeinschaft“, „Gemeinschaft“, „Europäischen Gemeinschaften“ oder „Gemeinschaften“ als Bezugnahme auf die Europäische Union oder die Union; jeder Bezug auf den Ausdruck „gemeinsamer Markt“ gilt als Bezugnahme auf den „Binnenmarkt“;**

*jeder Bezug auf den Ausdruck „in Artikel 113 vorgesehener Ausschuss“, „in Artikel 133 vorgesehener Ausschuss“, „in Artikel 113 genannter Ausschuss“ sowie „in Artikel 133 genannter Ausschuss“ gilt als Bezugnahme auf den „in Artikel 207 vorgesehenen Ausschuss“; jeder Bezug auf den Passus „Artikel 113 des Vertrags“ oder „Artikel 133 des Vertrags“ gilt als Bezugnahme auf „Artikel 207 des Vertrags“.*

## **Abänderung 5**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Erwägung 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1. Folgende Erwägung 3c wird eingefügt:***

***„Die Umsetzung der Schutzklauseln des bilateralen Abkommens erfordert einheitliche Bedingungen für die Annahme vorläufiger und endgültiger Schutzmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, erlassen werden<sup>1</sup>;***

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

## **Abänderung 6**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1– Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Erwägung 3 b (neu)

**-1a. Folgende Erwägung 3b wird eingefügt:**

**„Für den Erlass vorläufiger Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass der endgültigen Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu ergreifen.“**

## Abänderung 7

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 3**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 4 – Absatz 1

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 24, 24a und 26 des Abkommens sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Verfahren** des **Artikels 7 Absatz 2** treffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 7 Absatz 3 Anwendung.

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 24, 24a und 26 des Abkommens sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 7 Absatz 1 a** treffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 7 Absatz 3 Anwendung.

## Abänderung 8

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 5

**3a. Artikel 5 entfällt.**

## Abänderung 9

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1a. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

## Abänderung 10

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 7 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] in Verbindung mit deren Artikel [5].

3. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.

## Abänderung 11

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 7 – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.***

## Abänderung 12

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 1 – Nummer 4 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2841/72  
Artikel 7 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 7a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung und Durchführung des Abkommens vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung des Abkommens und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Abkommen verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse.**

**2. Der Bericht enthält darüber hinaus eine Zusammenfassung der Statistiken und legt die Entwicklung des Handels mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft dar.**

**3. Der Bericht enthält Informationen über die Durchführung dieser Verordnung.**

**4. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung des Abkommens zu erörtern und zu klären.**

**5. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## Abänderung 13

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Erwägung 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Folgende Erwägung 3a wird eingefügt:**

**„Die Umsetzung der Schutzklauseln des bilateralen Abkommens erfordert einheitliche Bedingungen für die Annahme vorläufiger und endgültiger Schutzmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, erlassen werden<sup>1</sup>;**

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

#### **Abänderung 14**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Erwägung 3 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung 3b wird eingefügt:**

**„Für den Erlass vorläufiger Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass der endgültigen Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen;“**

## Abänderung 15

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 3**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 4 – Absatz 1

### *Vorschlag der Kommission*

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 25, 25a und 27 des Abkommens sowie im Falle von Ausführbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Verfahren des Artikels 7 Absatz 2** treffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 7 Absatz 3 Anwendung.

### *Geänderter Text*

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 25, 24a und 27 des Abkommens sowie im Falle von Ausführbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 28 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 7 Absatz 1a** treffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 7 Absatz 3 Anwendung.

## Abänderung 16

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 5

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**3a. Artikel 5 entfällt.**

## Abänderung 17

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**1a. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## Abänderung 18

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 7 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] in Verbindung mit deren *Artikel [5]*.

*Geänderter Text*

3. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. **182/2011** in Verbindung mit deren *Artikel 4*.

## Abänderung 19

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 7 – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 20

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 2 – Nummer 4 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 2843/72  
Artikel 7 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 7a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung und Durchführung des Abkommens vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien,**

*die für die Überwachung der Durchführung des Abkommens und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Abkommen verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse.*

*2. Der Bericht enthält darüber hinaus eine Zusammenfassung der Statistiken und legt die Entwicklung des Handels mit der Republik Island dar.*

*3. Der Bericht enthält Informationen über die Durchführung dieser Verordnung.*

*4. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung des Abkommens zu erörtern und zu klären.*

*5. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## **Abänderung 21**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Erwägung 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1. Folgende Erwägung 3a wird eingefügt:***

***„Die Umsetzung der Schutzklauseln des bilateralen Abkommens erfordert einheitliche Bedingungen für die Annahme vorläufiger und endgültiger Schutzmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, erlassen***

werden<sup>1</sup>;

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

## Abänderung 22

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Erwägung 3 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung 3b wird eingefügt:**

**„Für den Erlass vorläufiger Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass der endgültigen Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen;“**

## Abänderung 23

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 3**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 4 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 24, 24a und 26 des Abkommens sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Verfahren des Artikels 7 Absatz 2** treffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 7 Absatz 3

1. Erfordern außergewöhnliche Umstände in den Fällen der Artikel 24, 24a und 26 des Abkommens sowie im Falle von Ausfuhrbeihilfen, die eine unmittelbare und sofortige Auswirkung auf den Warenverkehr haben, ein sofortiges Eingreifen, so kann die Kommission die in Artikel 27 Absatz 3 Buchstabe e des Abkommens vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 7 Absatz 1a** treffen. Bei Dringlichkeit findet

Anwendung.

Artikel 7 Absatz 3 Anwendung.

#### **Abänderung 24**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Artikel 5 entfällt.**

#### **Abänderung 25**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 7 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

#### **Abänderung 26**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 7 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. **182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

#### **Abänderung 27**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 4**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 7 – Absatz 3 a (neu)

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 28

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 – Nummer 4 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 1692/73  
Artikel 7 a (neu)

**4a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 7a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung und Durchführung des Abkommens vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung des Abkommens und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Abkommen verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse.**

**2. Der Bericht enthält darüber hinaus eine Zusammenfassung der Statistiken und legt die Entwicklung des Handels mit dem Königreich Norwegen dar.**

**3. Der Bericht enthält Informationen über die Durchführung dieser Verordnung.**

**4. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung des**

*Abkommens zu erörtern und zu klären.*

*5. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## **Abänderung 29**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 3 a – Überschrift ( neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. VERORDNUNG (EG) NR. 3448/93  
DES RATES VOM 6. DEZEMBER 1993  
ÜBER DIE HANDELSREGELUNG  
FÜR BESTIMMTE AUS LANDWIRT-  
SCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN  
HERGESTELLTE WAREN**

## **Abänderung 30**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 3 a – Einleitung (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Hinsichtlich der Verordnung (EG)  
Nr. 3448/93 sollte der Kommission die  
Befugnis übertragen werden, gemäß  
Artikel 290 des Vertrags über die  
Arbeitsweise der Europäischen Union  
Rechtsakte hinsichtlich der Festlegung  
der näheren Bestimmungen und zur  
Änderung des Anhangs der besagten  
Verordnung zu erlassen. Hinsichtlich der  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93 sollte die  
Kommission zudem ermächtigt werden,  
die Maßnahmen, die zu deren Durchfüh-  
rung erforderlich sind, nach Maßgabe der  
Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des  
Europäischen Parlaments und des Rates  
vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der  
allgemeinen Regeln und Grundsätze,  
nach denen die Mitgliedstaaten die  
Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission  
kontrollieren,<sup>1</sup> zu erlassen.*

## Abänderung 31

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Erwägung 17 (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Folgende Erwägung 17a wird eingefügt:**

**„Damit die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen werden können, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte hinsichtlich der näheren Bestimmungen für die Anwendung von Artikel 6 Absätze 1 bis 3 gemäß Artikel 6 Absatz 4 zu erlassen, um die näheren Bestimmungen zwecks Ermittlung und Anwendung des gesenkten Agrarteilbetrags gemäß Artikel 7 Absatz 2 zu erlassen und Tabelle 2 des Anhangs B zu ändern. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungstätigkeiten angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.“**

## Abänderung 32

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 2 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Erwägung 18

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Erwägung 18 erhält folgende Fassung:**

*„Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass verschiedener Maßnahmen und den Erlass von Durchführungsbestimmungen für die Kommunikation zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

### **Abänderung 33**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 3 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 2 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Artikel 2 Absatz 4 erhält folgende Fassung:**

**„4. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf den Erlass näherer Bestimmungen für die Anwendung dieses Artikels delegierte Rechtsakte zu erlassen.“**

### **Abänderung 34**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 4 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 6– Absatz 4 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Artikel 6 Absatz 4 erster Unterabsatz erhält folgende Fassung:**

**„4. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug**

*auf den Erlass näherer Bestimmungen für die Anwendung dieses Artikels delegierte Rechtsakte zu erlassen.“*

## **Abänderung 35**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 5 (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 7 – Absatz 2 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5. Der einleitende Teil von Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. Sieht ein Präferenzabkommen einen herabgesetzten Agrarteilbetrag — ob innerhalb eines Zollkontingents oder nicht — vor, so wird die Kommission ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf den Erlass von näheren Bestimmungen zur Ermittlung und Anwendung des gesenkten Agrarteilbetrags delegierte Rechtsakte zu erlassen, sofern in dem Abkommen folgendes festgelegt ist:“**

## **Abänderung 36**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 6 (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 7 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6. Artikel 7 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Der Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf den Erlass von näheren Bestimmungen für die Eröffnung von Kontingenten und die Herabsetzung der nichtlandwirtschaftlichen Teilbeträge der Abgabe delegierte Rechtsakte zu erlassen.**

## Abänderung 37

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 7 (neu)

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 8

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*7. Artikel 8 wird wie folgt geändert:*

*a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:*

**„3. Die gemeinsamen Verfahren für die Anwendung der Erstattungsregelung dieses Artikels werden nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren festgelegt.“**

*b) Absatz 4 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:*

**„Diese Beträge werden nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren festgelegt. Die für die Anwendung dieses Absatzes eventuell erforderlichen Durchführungsbestimmungen, insbesondere die Maßnahmen, die sicherstellen, dass im Rahmen einer Präferenzregelung zur Ausfuhr angemeldete Waren nicht in Wirklichkeit im Rahmen einer Regelung, die keine Präferenzbedingungen vorsieht, ausgeführt werden und umgekehrt, werden nach dem gleichen Verfahren erlassen.“**

*c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:*

**„6. Der Betrag, unterhalb dessen die kleineren Exporteure von der Vorlage von Bescheinigungen nach der Regelung über die Gewährung von Ausfuhrerstattungen befreit werden können, wird auf 50.000 EUR jährlich festgesetzt. Diese Obergrenze kann nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren angepasst werden.“**

## Abänderung 38

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 8 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 9

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**8. Artikel 9 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 9**

**Falls bei Anwendung einer Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation auf einem bestimmten Gebiet Abschöpfungen, Abgaben oder andere Maßnahmen bei der Ausfuhr eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses des Anhangs A beschlossen werden, können nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren entsprechende Maßnahmen bei bestimmten Waren getroffen werden, deren Ausfuhr aufgrund ihres hohen Gehalts an diesem landwirtschaftlichen Erzeugnis und aufgrund ihrer Verwendungsmöglichkeiten der Verwirklichung des in dem betreffenden Agrarbereich verfolgten Ziels schaden könnte; dabei ist den besonderen Interessen der Verarbeitungsindustrie gebührend Rechnung zu tragen. *In dringenden Fällen trifft die Kommission sofort geltende vorläufige Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 16 Absatz 3.*“**

## Abänderung 39

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 9 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 10a – Absatz 4 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**9. Artikel 10a Absatz 4 erster Unterabsatz erhält folgende Fassung:**

**„4. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf den Erlass von näheren Bestimmun-**

gen delegierte Rechtsakte zu erlassen.“

## Abänderung 40

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 10 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 11 – Absatz 1 – Unterabsatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**10. Artikel 11 Absatz 1 Unterabsatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„Die näheren Bestimmungen zu Unterabsatz 2, die die Bestimmung der dem aktiven Veredelungsverkehr zuzuführenden Grunderzeugnisse sowie die Kontrolle und die Planung der Mengen dieser Grunderzeugnisse ermöglichen, verschaffen den Marktteilnehmern zudem größere Transparenz dadurch, dass die einzuführenden Richtmengen vorher für jede einzelne gemeinsame Marktorganisation veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung erfolgt regelmäßig insbesondere aufgrund der Verwendung dieser Mengen. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf den Erlass von näheren Bestimmungen delegierte Rechtsakte zu erlassen.“**

## Abänderung 41

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 11 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 12 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**11. Artikel 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf die Änderung von Tabelle 2 des Anhangs B delegierte Rechtsakte zu erlassen, um sie den von der Union geschlossenen Verträgen anzupassen.“**

## Abänderung 42

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 12 (neu)

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 13 – Absatz 2 – Unterabsatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Artikel 13 Absatz 2 Unterabsatz 2 erhält folgenden Wortlaut:**

**„Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf die Änderung dieser Verordnung delegierte Rechtsakte zu erlassen.“**

## Abänderung 43

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 13 (neu)

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 14

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**13. Artikel 14 erhält folgende Fassung:**

**„1. Nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren können die Schwelle oder Schwellen festgelegt werden, unterhalb deren die nach Artikel 6 oder 7 bestimmten Beträge Null betragen. In dringenden Fällen trifft die Kommission sofort geltende vorläufige Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 16 Absatz 3. Die Nichtanwendung dieser Agrarteilbeträge kann nach demselben Verfahren von besonderen Bedingungen abhängig gemacht werden, um die Entstehung künstlicher Handelsströme zu verhindern.**

**2. Nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren kann eine Schwelle festgelegt werden, unterhalb derer die Mitgliedstaaten die für ein und denselben Vorgang nach dieser Verordnung geltenden Beträge nicht zu gewähren bzw. zu erheben brauchen. In dringenden Fällen trifft die Kommission sofort geltende vorläufige Maßnahmen**

*nach dem Verfahren des Artikels 16  
Absatz 3.“*

## **Abänderung 44**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 14 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 14 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**14. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 14a**

**Übertragung von Befugnissen**

**Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14b delegierte Rechtsakte zu erlassen, um die näheren Bestimmungen zur Anwendung von Artikel 4 Absätze 1 und 2 zu erlassen, die näheren Bestimmungen zur Anwendung von Artikel 6 Absätze 1 bis 3 nach Maßgabe von Artikel 6 Absatz 4 zu erlassen, die näheren Bestimmungen zur Ermittlung und Anwendung des gesenkten landwirtschaftlichen Teilbetrags nach Maßgabe von Artikel 7 Absatz 2 zu erlassen und Tabelle 2 des Anhangs B zu ändern.“**

## Abänderung 319

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 15 (neu)

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 14 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**15. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 14b**

**1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.**

**2. Die Befugnis gemäß Artikel 7 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

**3. Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 7 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Er berührt nicht die Gültigkeit der bereits in Kraft getretenen delegierten Rechtsakte.**

**4. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.**

**5. Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 7 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer**

*Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“*

## **Abänderung 320**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 15 a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 3448/93

Artikel 16

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**15a. Artikel 16 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 16**

**1. Die Kommission wird von einem Ausschuss für horizontale Fragen des Handels mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, die nicht unter Anhang I fallen (nachstehend „Ausschuss“ genannt), unterstützt.**

**2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.**

**4. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit des Ausschusses dies verlangt.“**

## Abänderung 46

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 16 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 17

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**16. Artikel 17 entfällt.**

## Abänderung 47

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 17 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 18

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**17. Artikel 18 erhält folgende Fassung:**

**„Die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung dieser Verordnung an die Änderungen der Verordnungen über die gemeinsamen Marktorganisationen im Bereich der Landwirtschaft mit dem Ziel der Aufrechterhaltung der derzeitigen Regelung werden nach dem in Artikel 16 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.“**

## Abänderung 48

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 3 a – Nummer 18 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3448/93  
Artikel 20

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**18. Artikel 20 erhält folgende Fassung:**

**„Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Angaben zum einen über Einfuhr und Ausfuhr, gegebenenfalls auch über die Herstellung der Waren, und zum anderen über die administrativen Durchführungsmaßnahmen mit. Die Einzelheiten dieser Mitteilungen werden**

nach dem *in Artikel 16 Absatz 2*  
*genannten Prüfverfahren festgelegt.*“

## Abänderung 49

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 4 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3286/94  
Erwägung 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Folgende Erwägung 4a wird  
eingefügt:**

**„Damit einheitliche Bedingungen für die  
Durchführung dieser Verordnung  
sichergestellt werden können, sollten der  
Kommission Durchführungsbefugnisse  
übertragen werden. Diese Maßnahmen  
sollten von der Kommission nach der  
Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des  
Europäischen Parlaments und des Rates  
vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der  
allgemeinen Regeln und Grundsätze,  
nach denen die Mitgliedstaaten die  
Wahrnehmung der  
Durchführungsbefugnisse durch die  
Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen  
werden.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## Abänderung 50

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 4 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3286/94  
Erwägung 4 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung 4b wird  
eingefügt:**

**„Für die Aussetzung laufender  
Prüfungsmaßnahmen sollte das  
Beratungsverfahren zur Anwendung  
gelangen, da sich diese Maßnahmen und  
ihre Folgen auf den Erlass der  
endgültigen Maßnahmen auswirken.**

*Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“*

## **Abänderung 51**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 4 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3286/94  
Erwägung 9

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Erwägung 9 erhält folgende Fassung:**

**„Die institutionellen und verfahrenstechnischen Bestimmungen von Artikel 207 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sollten beachtet werden. Daher sollten das Europäische Parlament und der gemäß diesem Artikel eingesetzte Ausschuss über die Entwicklung von Einzelfällen unterrichtet werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die weiterreichenden politischen Folgen zu erwägen;“**

## **Abänderung 52**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 4 – Nummer -1 c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3286/94  
Erwägung 10

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Erwägung 10 erhält folgende Fassung:**

**„Erweist sich eine Übereinkunft mit einem Drittland als das am ehesten geeignete Mittel zur Beilegung eines Streits im Zusammenhang mit einem Handelshemmnis, so werden die diesbezüglichen Verhandlungen nach den Verfahren des Artikels 207 des Vertrags und insbesondere im**

**Benehmen mit dem mit diesem Artikel  
eingesetzten Ausschuss und dem  
Europäischen Parlament geführt.“**

### **Abänderung 53**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 3 Buchstabe b**

Verordnung (EG) Nr. 3286/94

Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe a a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(aa) Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz  
gilt Artikel 4 der Verordnung (EU)  
Nr. 182/2011.**

### **Abänderung 54**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 3 Buchstabe b**

Verordnung (EG) Nr. 3286/94

Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(ba) Wird die Stellungnahme des  
Ausschusses im schriftlichen Verfahren  
eingeholt, wird das Verfahren ohne  
Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz  
dies innerhalb der Frist für die Abgabe  
der Stellungnahme beschließt oder die  
Mehrheit der Ausschussmitglieder dies  
verlangt.**

### **Abänderung 55**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 6 – Buchstabe a**

Verordnung (EG) Nr. 3286/94

Artikel 11 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Stellt sich in dem  
Untersuchungsverfahren heraus, dass die  
Interessen der Union keine Maßnahme  
erfordern, so stellt die Kommission die  
Untersuchung nach dem *Verfahren* des  
Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b ein.

1. Stellt sich in dem  
Untersuchungsverfahren heraus, dass die  
Interessen der Union keine Maßnahme  
erfordern, so stellt die Kommission die  
Untersuchung nach dem *Prüfverfahren*  
des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b ein.  
**Der Vorsitz kann die Stellungnahme des**

## Abänderung 56

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 6 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 3286/94

Artikel 11 – Absatz 2 – Buchstabe a

#### *Vorschlag der Kommission*

2. (a) Wenn die betreffenden Drittländer nach Abschluss des Untersuchungsverfahrens Maßnahmen treffen, die als zufriedenstellend beurteilt werden, so dass ein Tätigwerden der Union nicht erforderlich ist, kann die Kommission die Untersuchung nach dem Verfahren des **Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b** aussetzen.

#### *Geänderter Text*

2. (a) Wenn die betreffenden Drittländer nach Abschluss des Untersuchungsverfahrens Maßnahmen treffen, die als zufriedenstellend beurteilt werden, so dass ein Tätigwerden der Union nicht erforderlich ist, kann die Kommission die Untersuchung nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe aa** aussetzen.

## Abänderung 57

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 6 – Buchstabe c

Verordnung (EG) Nr. 3286/94

Artikel 11 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

3. Stellt sich nach einem Untersuchungsverfahren oder zu irgendeiner Zeit vor, während oder nach einem internationalen Streitbeilegungsverfahren heraus, dass das am ehesten geeignete Mittel zur Beilegung eines Streits im Zusammenhang mit einem Handelshemmnis der Abschluss einer Übereinkunft mit dem betroffenen Drittland oder den betreffenden Drittländern ist, das die wesentlichen materiellen Rechte der Union oder des betroffenen Drittlands oder der betroffenen Drittländer verändern kann, so setzt die Kommission die Untersuchung nach dem **Verfahren des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe b** aus, und Verhandlungen werden gemäß Artikel 207 des Vertrags

#### *Geänderter Text*

3. Stellt sich nach einem Untersuchungsverfahren oder zu irgendeiner Zeit vor, während oder nach einem internationalen Streitbeilegungsverfahren heraus, dass das am ehesten geeignete Mittel zur Beilegung eines Streits im Zusammenhang mit einem Handelshemmnis der Abschluss einer Übereinkunft mit dem betroffenen Drittland oder den betreffenden Drittländern ist, das die wesentlichen materiellen Rechte der Union oder des betroffenen Drittlands oder der betroffenen Drittländer verändern kann, so setzt die Kommission die Untersuchung nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe aa** aus, und Verhandlungen werden gemäß Artikel 207

geführt.

des Vertrags geführt.

## **Abänderung 58**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 4 – Nummer 7 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 3286/94  
Artikel 13 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**7a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 13a**

**Bericht**

**Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der Kommission und des Ausschusses „Handelshemmnisse“. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## **Abänderung 59**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 5 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 385/96  
Erwägung 25

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 25 erhält folgende Fassung:**

**„(25) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sichergestellt werden können, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die**

*Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

## **Abänderung 60**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 5 – Nummer 2 – Buchstabe a**

Verordnung (EG) Nr. 385/96

Artikel 7 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

Stellt sich heraus, dass keine Maßnahmen notwendig sind, so werden die Untersuchung oder die Verfahren abgeschlossen. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem Verfahren des Artikels 10 Absatz 2 ein.

#### *Geänderter Text*

Stellt sich heraus, dass keine Maßnahmen notwendig sind, so werden die Untersuchung oder die Verfahren abgeschlossen. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem **Prüfverfahren** des Artikels 10 Absatz 2 ein. **Der Vorsitz kann die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren gemäß Artikel 10 Absatz 2a einholen.**

## **Abänderung 61**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 5 – Nummer 5**

Verordnung (EG) Nr. 385/96

Artikel 10 – Absatz 2 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**2a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## **Abänderung 62**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 5 – Nummer 7 a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 385/96

Artikel 14 a (neu)

**7a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 14a**

**Bericht**

**Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der Kommission und des Ausschusses „Schädigende Preisgestaltung im Schiffbau“. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

### **Abänderung 63**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 6 – Nummer -1 (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 2271/96

Erwägung 9

**-1. Erwägung 9 erhält folgende Fassung:**

**„Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für die Festlegung der Kriterien, nach denen es Personen genehmigt wird, ganz oder teilweise Forderungen oder Verboten, auch Forderungen ausländischer Gerichte, nachzukommen, soweit anderenfalls ihre Interessen oder die der Union schwer geschädigt würden. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

## Abänderung 64

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 6 – Nummer -1 a (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Erwägung 9 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung 9a wird eingefügt:**

**„Damit die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen werden können, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte zu erlassen, um Gesetzesvorschriften in den Anhang zu dieser Verordnung aufzunehmen oder sie aus diesem Anhang zu streichen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.“**

## Abänderung 65

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 6 – Nummer 2  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Artikel 8 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Zur Durchführung von Artikel 7 Buchstaben b und c wird die Kommission durch den Ausschuss für extraterritoriale Rechtsakte unterstützt. **Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen**

1. Zur Durchführung von Artikel 7 Buchstaben b und c wird die Kommission durch den Ausschuss für extraterritoriale Rechtsakte unterstützt. **Diese Durchführungsrechtsakte werden im**

Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU)  
Nr. [.../2011].

***Einklang mit dem Prüfverfahren gemäß Absatz 2 dieses Artikels erlassen. Der Ausschuss gilt als Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

## **Abänderung 66**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 6 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Artikel 8 – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.***

## **Abänderung 67**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 6 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Artikel 11 a

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte nach Artikel 1 wird der Kommission auf unbestimmte Zeit übertragen.***

***Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 1 in Bezug auf die Aufnahme von Gesetzesvorschriften in den Anhang zu dieser Verordnung oder deren Streichung daraus delegierte Rechtsakte zu erlassen.***

***2. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt annimmt, notifiziert sie diesen zeitgleich dem Europäischen Parlament und dem Rat.***

***3. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission nach Maßgabe der Artikel 11b und 11c übertragen.***

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 6 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Artikel 11 b

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte nach **Artikel 1 Unterabsatz 2** kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden.
2. **Das Organ, das ein internes Verfahren eingeleitet hat, um zu entscheiden, ob die Befugnisübertragung widerrufen werden soll, ist bestrebt, das andere Organ und die Kommission innerhalb einer angemessenen Frist vor der endgültigen Entscheidung zu unterrichten und dabei die übertragenen Befugnisse, die gegebenenfalls widerrufen werden, zu nennen und etwaige Gründe für den Widerruf anzugeben.**
3. **Der** Beschluss zum Widerruf beendet die in dem Beschluss genannte Befugnisübertragung. Er wird **unverzüglich** oder zu einem in dem Beschluss genannten späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird davon nicht berührt. **Der Beschluss wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.**

*Geänderter Text*

1. **Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.**
2. **Die in Artikel 1 genannte Befugnis wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren ab ...\* übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**
3. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte nach **Artikel 1** kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. **Der** Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird **am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union** oder zu einem im Beschluss über den Widerruf angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird von dem Beschluss über den Widerruf nicht berührt.
  - 3a. **Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.**
  - 3b. **Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 1 erlassen wurde, tritt nur in**

*Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.*

## **Abänderung 69**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 6 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 2271/96  
Artikel 11 c

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Artikel 11c*

*entfällt*

*1. Das Europäische Parlament oder der Rat können gegen einen delegierten Rechtsakt binnen zwei Monaten ab dem Tag der Notifizierung Einwände erheben. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um einen Monat verlängert.*

*2. Haben bei Ablauf dieser Frist weder das Europäische Parlament noch der Rat Einwände gegen den delegierten Rechtsakt erhoben, wird er im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt zu dem darin genannten Zeitpunkt in Kraft.*

*Der delegierte Rechtsakt kann bereits vor Ablauf dieser Frist im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden und in Kraft treten, falls das Europäische Parlament und der Rat der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben.*

*4. Erheben das Europäische Parlament oder der Rat Einwände gegen den delegierten Rechtsakt, so tritt dieser nicht in Kraft. Das Organ, das Einwände*

*erhebt, begründet seine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt.“*

## **Abänderung 70**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 7 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1515/2001  
Erwägung 6 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(6a) Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass oder die Aussetzung von Maßnahmen, mit denen den Empfehlungen und Entscheidungen des WTO-Streitbeilegungsgremiums nachzukommen ist. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

## **Abänderung 71**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 7 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1515/2001  
Erwägung 6 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„ (6b) Für die Aussetzung von Maßnahmen für einen bestimmten Zeitraum sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf die**

*Annahme der endgültigen Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“*

## **Abänderung 72**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 1 – Buchstabe a a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 1515/2001

Artikel 1 – Absatz 1 – Buchstabe b

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(aa) Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:*

*„b) andere besondere Maßnahmen zur Durchführung eines Rechtsaktes, die unter den Umständen des Einzelfalls angemessen erscheinen.“*

## **Abänderung 73**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 1 – Buchstabe c**

Verordnung (EG) Nr. 1515/2001

Artikel 1 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

4. Ist es angemessen, die angefochtene oder geänderte Maßnahme auszusetzen, so beschließt die Kommission nach dem *Verfahren* des **Artikels 3a Absatz 2** eine solche Aussetzung für einen begrenzten Zeitraum.“

4. Ist es angemessen, die angefochtene oder geänderte Maßnahme auszusetzen, so beschließt die Kommission nach dem *Beratungsverfahren* des **Artikels 3a Absatz 1a** eine solche Aussetzung für einen begrenzten Zeitraum.“

## **Abänderung 74**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 2 – Buchstabe c**

Verordnung (EG) Nr. 1515/2001

Artikel 2 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

4. Ist es angemessen, eine nicht angefochtene oder geänderte Maßnahme auszusetzen, so beschließt die Kommission nach dem *Verfahren* des **Artikels 3a Absatz 2** eine solche Aussetzung für einen begrenzten Zeitraum.

*Geänderter Text*

4. Ist es angemessen, eine nicht angefochtene oder geänderte Maßnahme auszusetzen, so beschließt die Kommission nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 3a Absatz 1a** eine solche Aussetzung für einen begrenzten Zeitraum.“

**Abänderung 75**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1515/2001  
Artikel 3 a – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**Abänderung 76**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1515/2001  
Artikel 3 a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

**Abänderung 77**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 7 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1515/2001  
Artikel 3 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Der folgende wird eingefügt:**

**„Artikel 3b**

**Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten, Vorgehensweisen und Beschlüsse der Kommission, des Antidumping- und des Antisubventionsausschusses. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## **Abänderung 78**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Erwägung 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 6 erhält folgende Fassung:**

**„(6) Durchführungsrechtsakte der Kommission zur Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der TARIC-Codes bringen keine inhaltlichen Änderungen mit sich.“**

## **Abänderung 79**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Erwägung 10

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Erwägung 10 erhält folgende Fassung:**

**„(10) Die Durchführung der vorliegenden Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass der Durchführungsvorschriften zu**

*einigen Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kroatien andererseits. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

## **Abänderung 80**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer - 1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Erwägung 10 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:***  
***„(10a) Im Falle außergewöhnlicher und kritischer Umstände sollte für den Erlass sofortiger Maßnahmen das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Maßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“***

## Abänderung 81

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 c (neu)

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Erwägung 10 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(10b) Die Kommission sollte sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen im Zusammenhang mit besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 25 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 26 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 38 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 39 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens aus Gründen äußerster Dringlichkeit erforderlich ist.“**

## Abänderung 82

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 d (neu)

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1d. Artikel 2 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 2**

**Zugeständnisse für "Baby-beef"**

**Die Durchführungsbestimmungen zu Artikel 14 Absatz 2 des Interimsabkommens und zu Artikel 27 Absatz 2 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens über das Zollkontingent für "Baby-beef" werden von der Kommission nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5 erlassen.“**

## Abänderung 83

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1e. Artikel 3 entfällt.**

## Abänderung 84

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1f. Artikel 4 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 4**

**Zugeständnisse für Fischereierzeugnisse**

**Die Durchführungsvorschriften zu Artikel 15 Absatz 1 des Interimsabkommens und zu Artikel 28 Absatz 1 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens über die Zollkontingente für Fisch und Fischereierzeugnisse, die in Anhang Va der beiden Abkommen aufgeführt sind, werden von der Kommission nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5 erlassen.“**

## Abänderung 85

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1g. Artikel 5 entfällt.**

## Abänderung 86

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer -1 h (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1h. Artikel 7 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 7**

**Technische Anpassungen**

**Änderungen und technische Anpassungen der nach dieser Verordnung erlassenen Durchführungsvorschriften, die wegen einer Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der TARIC-Unterpositionen notwendig werden oder die sich aus dem Abschluss neuer Präferenzabkommen, Protokolle, Briefwechsel oder sonstiger Übereinkünfte zwischen der Union und Kroatien ergeben und die keine wesentlichen Änderungen beinhalten dürfen, werden nach dem in Artikel 7fa Absatz 5 vorgesehenen Prüfverfahren erlassen.“**

## Abänderung 87

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 1 – Buchstabe a**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 7 a – Absätze 3a und 3b

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) Die folgenden Absätze 3a und 3b werden eingefügt:**

**"3a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [5] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011].**

**3b. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] in Verbindung mit deren Artikel [5].“**

**a) Die Absätze 2, 3 und 4 entfallen.**

## Abänderung 88

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 1 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Artikel 7 a – Absatz 6 – Unterabsatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

Bei Abschluss der Konsultationen kann die Kommission, sofern sich keine andere Regelung als möglich erweist, nach dem **Verfahren des Artikels 7a Absatz 3a** beschließen, nicht tätig zu werden oder geeignete Maßnahmen nach Artikel 25 und 26 des Interimsabkommens- und später nach Artikel 38 und 39 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7a Absatz 3b** Anwendung.

#### *Geänderter Text*

Bei Abschluss der Konsultationen kann die Kommission, sofern sich keine andere Regelung als möglich erweist, nach dem **Prüfverfahren des Artikels 7fb Absatz 5** beschließen, nicht tätig zu werden oder geeignete Maßnahmen nach Artikel 25 und 26 des Interimsabkommens und später nach Artikel 38 und 39 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7fa Absatz 7** Anwendung.“

## Abänderung 89

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 2248/2001

Artikel 7 b – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

Unter den besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 25 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 38 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 38 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens kann die Kommission nach dem Verfahren des **Artikels 7a Absatz 3a** Sofortmaßnahmen nach Artikel 24 und 26 des Interimsabkommens und später nach Artikel 37 und 39 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7a Absatz 3b** Anwendung.

#### *Geänderter Text*

Unter den besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 25 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 26 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 38 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 39 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens kann die Kommission nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 7fa Absatz 4** Sofortmaßnahmen nach Artikel 25 und 26 des Interimsabkommens und später nach Artikel 38 und 39 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7fa Absatz 6** Anwendung.“

## Abänderung 90

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 7 e – Absatz 1 – zweiter Satz

### *Vorschlag der Kommission*

Gegebenenfalls trifft sie Schutzmaßnahmen nach dem Verfahren des **Artikels 7a Absatz 3a**, außer bei Beihilfefällen, für die die Verordnung (EG) Nr. 597/2009 des Rates vom 11. Juli 2009 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern gilt und in denen die Maßnahmen nach den in der genannten Verordnung festgelegten Verfahren getroffen werden.“

### *Geänderter Text*

Gegebenenfalls trifft sie Schutzmaßnahmen nach dem **Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5**, außer bei Beihilfefällen, für die die Verordnung (EG) Nr. 597/2009 des Rates vom 11. Juli 2009 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern gilt und bei denen die Maßnahmen nach den in der genannten Verordnung festgelegten Verfahren getroffen werden.“

## Abänderung 91

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 7 f – Absätze 3–6

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**3a. Artikel 7f wird wie folgt geändert:**

**a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Bis bei den in Absatz 2 genannten Konsultationen eine für beide Seiten zufrieden stellende Lösung erreicht worden ist, kann die Kommission gemäß Artikel 30 des Interimsabkommens und später gemäß Artikel 43 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens sowie nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5 andere geeignete Maßnahmen treffen, die sie für notwendig erachtet.“**

**b) Die Absätze 4, 5 und 6 entfallen.**

## Abänderung 92

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 8 – Nummer 3 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 2248/2001  
Artikel 7 f a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 7fa**

**Ausschussverfahren**

**1. Für die Zwecke des Artikels 2 wird die Kommission von dem in Artikel 42 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 vorgesehenen Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**2. Für die Zwecke des Artikels 4 wird die Kommission von dem mit Artikel 248a der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzten Ausschuss für den Zollkodex unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**3. Für die Zwecke der Artikel 7a, 7b, 7e und 7f wird die Kommission von dem nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3285/94 des Rates eingesetzten Beratungsausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**4. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**5. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**6. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.**

**7. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren**

*Artikel 5.*

*8. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.“*

**Abänderung 93**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Erwägung 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1. Erwägung 6 erhält folgende Fassung:*

**„(6) Durchführungsrechtsakte der Kommission zur Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der TARIC-Codes bringen keine wesentlichen Änderungen mit sich.“**

**Abänderung 94**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Erwägung 11

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1a. Erwägung 11 erhält folgende Fassung:*

**„(11) Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass der Durchführungsvorschriften zu einigen Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien andererseits, das am 9. April 2001 in Luxemburg unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU)**

**Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

---

<sup>1</sup>ABL L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## **Abänderung 95**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Erwägung 11 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**  
**„(11a) Im Falle außergewöhnlicher und kritischer Umstände sollte für den Erlass sofortiger Maßnahmen das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Maßnahmen auswirken. Würdet eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## **Abänderung 96**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 c(neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Erwägung 11 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**  
**„(11b) Die Kommission sollte sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend**

*begründeten Fällen im Zusammenhang mit besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 24 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 37 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 38 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens aus Gründen äußerster Dringlichkeit erforderlich ist.“*

## **Abänderung 97**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1d. Artikel 2 erhält folgende Fassung:***

**„Artikel 2**

**Zugeständnisse für "Baby-beef"**

**Die Durchführungsbestimmungen zu Artikel 14 Absatz 2 des Interimsabkommens und zu Artikel 27 Absatz 2 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens über das Zollkontingent für "Baby-beef" werden von der Kommission nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5 erlassen.“**

## **Abänderung 98**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1e. Artikel 3 entfällt.***

## Abänderung 99

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1f. Artikel 4 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 4**

**Weitere Zugeständnisse**

**Werden nach Artikel 29 des  
Stabilisierungs- und  
Assoziierungsabkommens bzw. Artikel  
16 des Interimsabkommens zusätzliche  
Zugeständnisse für Fischereiprodukte  
im Rahmen von Zollkontingenten  
ingeräumt, so werden detaillierte  
Durchführungsbestimmungen für diese  
Zollkontingente von der Kommission  
nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa  
Absatz 5 dieser Verordnung erlassen.“**

## Abänderung 100

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1g. Artikel 5 entfällt.**

## Abänderung 101

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer -1 h (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1h. Artikel 7 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 7**

**Technische Anpassungen**

**Änderungen und technische  
Anpassungen der nach dieser**

**Verordnung erlassenen detaillierten Durchführungsbestimmungen, die wegen einer Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der TARIC-Unterpositionen notwendig werden oder die sich aus dem Abschluss neuer Abkommen, Protokolle, Briefwechsel oder sonstiger Übereinkünfte zwischen der *Union* und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ergeben *und die keine wesentlichen Änderungen beinhalten dürfen*, werden nach dem in Artikel 7fa Absatz 5 vorgesehenen Prüfverfahren erlassen.**

## **Abänderung 102**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 1 – Buchstabe -a**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 a – Absätze 3a und 3b

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) Die folgenden Absätze 3a und 3b werden eingefügt:**

**(-a) Die Absätze 2, 3 und 4 entfallen.**

**„3a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [5] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011].**

**3b. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] in Verbindung mit deren Artikel [5].“**

## **Abänderung 103**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 1 – Buchstabe b**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 a – Absatz 6 – Unterabsatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

„Bei Abschluss der Konsultationen kann die Kommission, sofern sich keine andere Regelung als möglich erweist, nach dem **Verfahren des Artikels 7a Absatz 3a** beschließen, nicht tätig zu werden oder geeignete Maßnahmen nach Artikel 24 und

„Bei Abschluss der Konsultationen kann die Kommission, sofern sich keine andere Regelung als möglich erweist, nach dem **Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5** beschließen, nicht tätig zu werden oder geeignete Maßnahmen nach Artikel 24

25 des Interimsabkommens- und später nach Artikel 37 und 38 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7a Absatz 3b** Anwendung.“

und 25 des Interimsabkommens und später nach Artikel 37 und 38 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zu treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7fa Absatz 7** Anwendung.“

## Abänderung 104

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 b – Absatz 1

### *Vorschlag der Kommission*

Unter den besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 24 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 37 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 38 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens kann die Kommission nach dem **Verfahren** des **Artikels 7a Absatz 3a** Sofortmaßnahmen nach Artikel 24 und 25 des Interimsabkommens und später nach Artikel 37 und 38 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7a Absatz 3b** Anwendung.

### *Geänderter Text*

Unter den besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 24 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 37 Absatz 4 Buchstabe b und des Artikels 38 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens kann die Kommission nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 7fb Absatz 4** Sofortmaßnahmen nach Artikel 24 und 25 des Interimsabkommens und später nach Artikel 37 und 38 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens treffen. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 7fb Absatz 6** Anwendung.“

## Abänderung 105

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 e – Absatz 1 – Satz 2

### *Vorschlag der Kommission*

Gegebenenfalls trifft sie Schutzmaßnahmen nach dem **Verfahren** des **Artikels 7a Absatz 3a**, außer bei Beihilfefällen, für die die Verordnung (EG) Nr. 597/2009 des Rates vom 11. Juli 2009 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern gilt und in denen die Maßnahmen nach den in der

### *Geänderter Text*

Gegebenenfalls trifft sie Schutzmaßnahmen nach dem **Prüfverfahren** des **Artikels 7fa Absatz 5**, außer bei Beihilfefällen, für die die Verordnung (EG) Nr. 597/2009 des Rates vom 11. Juli 2009 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern gilt und bei denen die

genannten Verordnung festgelegten Verfahren getroffen werden.

Maßnahmen nach den in der genannten Verordnung festgelegten Verfahren getroffen werden.

## **Abänderung 106**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 f – Absätze 3-6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Artikel 7f wird wie folgt geändert:**

**a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Bis bei den in Absatz 2 genannten Konsultationen eine für beide Seiten zufrieden stellende Lösung erreicht worden ist, kann die Kommission gemäß Artikel 30 des Interimsabkommens und später gemäß Artikel 43 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens sowie nach dem Prüfverfahren des Artikels 7fa Absatz 5 andere geeignete Maßnahmen treffen, die sie für notwendig erachtet.“**

**b) Die Absätze 4, 5 und 6 entfallen.**

## **Abänderung 107**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 9 – Nummer 3 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 153/2002  
Artikel 7 f a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 7fa**

**Ausschussverfahren**

**1. Für die Zwecke des Artikels 2 wird die Kommission von dem in Artikel 42 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 vorgesehenen Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

*2. Für die Zwecke des Artikels 4 wird die Kommission von dem mit Artikel 248a der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzten Ausschuss für den Zollkodex unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

*3. Für die Zwecke der Artikel 7a, 7b, 7e und 7f wird die Kommission von dem nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3285/94 des Rates eingesetzten Beratungsausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

*4. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

*5. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

*6. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.*

*7. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 5.*

*8. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.“*

## **Abänderung 108**

### **Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Abschnitt 10 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

Hinsichtlich der Verordnung (EG)  
Nr. 427/2003 sollte die Kommission  
ermächtigt werden, die Maßnahmen, die

*Geänderter Text*

Hinsichtlich der Verordnung (EG)  
Nr. 427/2003 **sollte der Kommission die  
Befugnis übertragen werden, gemäß**

zur Durchführung der besagten Verordnung erforderlich sind, nach Maßgabe der *Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]* des Europäischen Parlaments und des Rates vom *[xx.yy.2011]* zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, zu treffen.

*Artikel 290 des Vertrags delegierte Rechtsakte zur Änderung von Anhang I der besagten Verordnung zu erlassen. Außerdem* sollte die Kommission ermächtigt werden, die Maßnahmen, die zur Durchführung der besagten Verordnung erforderlich sind, nach Maßgabe der *Verordnung (EU) Nr. 182/2011* des Europäischen Parlaments und des Rates vom **16. Februar 2011** zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, zu treffen.

## Abänderung 109

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Erwägung 21 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1e. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(21a) Damit die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen werden können, sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte hinsichtlich der Änderung von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 625/2009 des Rates vom 7. Juli 2009 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern<sup>1</sup> zu erlassen, um Länder aus der Liste von Drittländern in diesem Anhang zu streichen, wenn diese der WTO beitreten. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf**

*angemessene Weise übermittelt werden.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 185 vom 17.7.2009, S. 1.“*

## **Abänderung 110**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Erwägung 22

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Erwägung 22 erhält folgende Fassung:**

**„(22) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sichergestellt werden können, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren<sup>1</sup>, ausgeübt werden.**

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

## **Abänderung 111**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Erwägung 22 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgender Artikel 22a wird eingefügt:**

**„(22a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und**

*ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“*

## **Abänderung 112**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1 c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 5 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1c. Artikel 5 Absatz 1 erhält folgende Fassung:***

***„(1) Eine Untersuchung wird auf Antrag eines Mitgliedstaates, einer juristischen Person oder einer Organisation ohne Rechtspersönlichkeit, die im Namen des Wirtschaftszweiges der Union handelt, oder auf Veranlassung der Kommission eingeleitet, wenn es für die Kommission ersichtlich ist, dass genügend Beweise vorliegen, um die Einleitung einer Untersuchung zu rechtfertigen.“***

## **Abänderung 113**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 5 – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1d. In Artikel 5 wird folgender Absatz eingefügt:***

***„2a. Der Antrag auf Einleitung einer Untersuchung muss Beweise enthalten, dass die Bedingungen für die Einführung der Schutzmaßnahme nach Artikel 2 Absatz 1 erfüllt sind. Der Antrag hat regelmäßig folgende Angaben zu enthalten: Rate und Umfang der Steigerung der Einfuhren der***

*betreffenden Ware in absoluten und relativen Zahlen, Anteil der gestiegenen Einfuhren am Inlandsmarkt, Veränderungen in Bezug auf Absatz- und Produktionsvolumen, Produktivität, Kapazitätsauslastung, Gewinne und Verluste sowie Beschäftigung.*

*Eine Untersuchung kann auch eingeleitet werden, wenn in einem oder mehreren Mitgliedstaaten ein schlagartiger Anstieg der Einfuhren zu verzeichnen ist, sofern genügend Anscheinsbeweise dafür vorliegen, dass die Voraussetzungen für die Einleitung einer Untersuchung unter Berücksichtigung von in Artikel 2 Absatz 2 und Artikel 3 genannten Faktoren erfüllt sind.“*

## **Abänderung 114**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 10 – Nummer -1 l (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 6 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1l. Folgende Artikel wird eingefügt:*

*„Artikel 6a*

*Vorherige Überwachungsmaßnahmen*

*1. Entwickeln sich die Einfuhren einer Ware mit Ursprung in der Volksrepublik China so, dass sie eine der in den Artikeln 2 und 3 genannten Situationen hervorrufen könnten, so können die Einfuhren dieser Ware vorherigen Überwachungsmaßnahmen unterworfen werden.*

*2. Bei einem auf einen oder mehrere Mitgliedstaaten konzentrierten plötzlichen Anstieg der Einfuhren von Waren sensibler Sektoren kann die Kommission vorherige Überwachungsmaßnahmen einleiten.*

*3. Vorherige Überwachungsmaßnahmen werden von der Kommission nach dem Beratungsverfahren des Artikels 15 Absatz 1a getroffen.*

**4. Die Geltungsdauer vorheriger Überwachungsmaßnahmen ist begrenzt. Soweit nichts anderes bestimmt ist, endet ihre Geltungsdauer am Ende des zweiten Sechsmonatszeitraums, der auf die sechs Monate folgt, in denen sie eingeführt worden sind.“**

## Abänderung 115

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 2 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 7 – Absatz 1 – Sätze 2 und 3

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Kommission ergreift solche vorläufigen Maßnahmen nach dem **Verfahren** des **Artikels 15 Absatz 2**. Bei Dringlichkeit findet Artikel 15 Absatz 3 Anwendung.“

#### *Geänderter Text*

Die Kommission ergreift solche vorläufigen Maßnahmen nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 15 Absatz 1a**. Bei Dringlichkeit findet Artikel 15 Absatz 3 Anwendung.“

## Abänderung 117

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 4 a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 12 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**4a. Artikel 12 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Während des Anwendungszeitraums von Schutzmaßnahmen finden im [...] Ausschuss auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf Veranlassung der Kommission Konsultationen statt, um die Auswirkungen der Maßnahmen zu überprüfen und zu ermitteln, ob ihre Anwendung weiterhin erforderlich ist.“**

## Abänderung 118

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 5

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 12 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

„Ist die Kommission der Ansicht, dass die Schutzmaßnahmen aufzuheben oder zu ändern sind, so hebt sie diese Maßnahmen auf oder ändert sie.“

*Geänderter Text*

„Ist die Kommission der Ansicht, dass die Schutzmaßnahmen aufzuheben oder zu ändern sind, so hebt sie diese Maßnahmen auf oder ändert sie **nach dem Beratungsverfahren des Artikels 15 Absatz 2.**“

**Abänderung 119**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 6**

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 14 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

„4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann nach dem **Verfahren des Artikels 15 Absatz 2** für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden. Maßnahmen dürfen nur ausgesetzt werden, sofern sich die Marktbedingungen vorübergehend in einem solchen Maß geändert haben, dass es unwahrscheinlich ist, dass es aufgrund der Aussetzung wieder zu einer Marktstörung kommt. Die Maßnahmen können jederzeit nach Konsultationen wieder in Kraft gesetzt werden, wenn die Gründe für die Aussetzung nicht mehr bestehen.“

*Geänderter Text*

„4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 15 Absatz 1a** für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden. Maßnahmen dürfen nur ausgesetzt werden, sofern sich die Marktbedingungen vorübergehend in einem solchen Maß geändert haben, dass es unwahrscheinlich ist, dass es aufgrund der Aussetzung wieder zu einer Marktstörung kommt. Die Maßnahmen können jederzeit nach Konsultationen wieder in Kraft gesetzt werden, wenn die Gründe für die Aussetzung nicht mehr bestehen.“

**Abänderung 120**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 6 a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 427/2003

Artikel 14 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6a. Folgende Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 14a**

## **Übertragung von Befugnissen**

**Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 14b in Bezug auf Änderungen von Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 625/2009 des Rates vom 7. Juli 2009 über die gemeinsame Regelung der Einfuhren aus bestimmten Drittländern<sup>1</sup> delegierte Rechtsakte zu erlassen, um Länder aus der Liste von Drittländern in diesem Anhang zu streichen, wenn diese der WTO beitreten.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 185 vom 17.7.2009, S. 1.“

### **Abänderung 323**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang 1– Abschnitt 10 – Nummer 6 b (neu)**

Verordnung (EG) 427/2003

Artikel 14 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6b. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 14b**

**Ausübung der Befugnisübertragung**

**1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.**

**2. Die Befugnis zum Erlass der in Artikel 22 Absatz 3 genannten delegierten Rechtsakte wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen solchen Verlängerungen spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

**3. Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 22 Absatz 3 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat**

*jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Er berührt nicht die Gültigkeit der bereits in Kraft getretenen delegierten Rechtsakte.*

*4. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.*

*5. Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 22 Absatz 3 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn das Europäische Parlament oder der Rat binnen zwei Monaten ab dem Tag der Übermittlung keine Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“*

## **Abänderung 122**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 7**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

## **Abänderung 123**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 7**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 15 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

**Abänderung 124**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 10 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 19 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**10a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 19a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der Kommission, des Ausschusses und der anderen Gremien, die für die Durchführung der Verordnung und die Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse.**

**2. Der Bericht enthält darüber hinaus eine Zusammenfassung der Statistiken und legt die Entwicklung des Handels mit China dar.**

**3. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Anwendung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.**

**4. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## Abänderung 125

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 10 – Nummer 10 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 427/2003  
Artikel 22 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**10b. Artikel 22 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Die Kommission wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 14a und 14b in Bezug auf die Änderung von Anhang I der Verordnung EG Nr. 625/2009 delegierte Rechtsakte zu erlassen, um Länder aus der Liste von Drittländern in diesem Anhang zu streichen, wenn diese der WTO beitreten.“**

## Abänderung 126

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 11 – Nummer -1c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 452/2003  
Erwägung 10 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(10a) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sichergestellt werden können, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren<sup>1</sup>, ausgeübt werden.“**

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

## Abänderung 127

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 11 – Nummer 1**  
Verordnung (EG) Nr. 452/2003  
Artikel 1 – Absatz 1 – Einleitung

### *Vorschlag der Kommission*

Ist die Kommission der Auffassung, dass die gleichzeitige Anwendung von Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen und tarifären Schutzmaßnahmen auf dieselben Einfuhren zu einem höheren als dem im Hinblick auf die handelspolitischen Schutzinstrumente gewünschten Schutzniveau führen würde, so kann sie nach dem **Verfahren** des Artikels 2a Absatz 2 eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen annehmen, die sie für angemessen hält:

### *Geänderter Text*

Ist die Kommission der Auffassung, dass die gleichzeitige Anwendung von Antidumping- oder Antisubventionsmaßnahmen und tarifären Schutzmaßnahmen auf dieselben Einfuhren zu einem höheren als dem im Hinblick auf die handelspolitischen Schutzinstrumente der Union gewünschten Schutzniveau führen würde, so kann sie nach dem **Prüfverfahren** des Artikels 2a Absatz 2 eine oder mehrere der nachstehenden Maßnahmen **zur Durchführung eines Rechtsakts** annehmen, die sie für angemessen hält:

## Abänderung 128

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 11 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 452/2003  
Artikel 2 a – Absatz 2 a (neu)

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**2a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 129

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 12 a – Überschrift (neu)**

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**12a. VERORDNUNG (EG)  
NR. 1236/2005 DES RATES VOM**

**27. JUNI 2005 BETREFFEND DEN  
HANDEL MIT BESTIMMTEN  
GÜTERN, DIE ZUR  
VOLLSTRECKUNG DER  
TODESSTRAFE, ZU FOLTER ODER  
ZU ANDERER GRAUSAMER,  
UNMENSCHLICHER ODER  
ERNIEDRIGENDER BEHANDLUNG  
ODER STRAFE VERWENDET  
WERDEN KÖNNTEN**

**Abänderung 130**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 12 a – Einleitung (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Hinsichtlich der Verordnung (EG)  
Nr. 1236/2005 sollte der Kommission die  
Befugnis übertragen werden, gemäß  
Artikel 290 des Vertrags delegierte  
Rechtsakte hinsichtlich der Änderung der  
Anhänge der besagten Verordnung zu  
erlassen. Dementsprechend wird  
Verordnung (EG) Nr. 1236/2006 wie folgt  
geändert:***

**Abänderung 131**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 12 a – Nummer 1 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 1236/2005  
Erwägung 25**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1. Erwägung 25 erhält folgende Fassung:  
„25. Damit die für die Anwendung dieser  
Verordnung erforderlichen  
Bestimmungen erlassen werden können,  
sollte der Kommission die Befugnis  
übertragen werden, gemäß Artikel 290 des  
Vertrags über die Arbeitsweise der  
Europäischen Union Rechtsakte  
hinsichtlich der Änderung der Anhänge  
II, III, IV und V dieser Verordnung zu  
erlassen. Es ist von besonderer  
Bedeutung, dass die Kommission im Zuge  
ihrer Vorbereitungsarbeit angemessene***

*Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.“*

## **Abänderung 132**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 12 a – Nummer 2 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1236/2005  
Artikel 12 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Artikel 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. Der Kommission wird [...] die Befugnis übertragen, gemäß den Artikeln 15 und 15a in Bezug auf die Änderung der Anhänge II, III, IV und V delegierte Rechtsakte zu erlassen.“**

## **Abänderung 133**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 12 a – Nummer 3 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1236/2005  
Artikel 15

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Artikel 15 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 15**

**Übertragung von Befugnissen**

**Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 15b in Bezug auf die Änderung der Anhänge II, III, IV und V delegierte Rechtsakte zu erlassen.“**

## Abänderung 324

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang 1– Abschnitt 12 a – Nummer 4 (neu)

Verordnung (EG) Nr. 1236/2005

Artikel 15 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

#### **4. Folgender Artikel wird eingefügt:**

##### **„Artikel 15a**

##### **Ausübung der Befugnisübertragung**

**1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.**

**2. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte gemäß Artikel 15 wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen einer solchen Verlängerung spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

**3. Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 15 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Er berührt nicht die Gültigkeit der bereits in Kraft getretenen delegierten Rechtsakte.**

**4. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.**

***5. Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 15 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“***

### **Abänderung 135**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 12 a – Nummer 6 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1236/2005  
Artikel 16

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***6. Artikel 16 entfällt.***

### **Abänderung 136**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Erwägung 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1. Erwägung 7 entfällt.***

### **Abänderung 137**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Erwägung 8

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1a. Erwägung 8 erhält folgende Fassung:***

***„(8) Die Durchführung dieser***

*Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass der Durchführungsvorschriften zu einigen Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits, das am 12. Juni 2006 in Luxemburg unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

## **Abänderung 138**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Erwägung 8 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(8a) Für den Erlass sofortiger Maßnahmen im Falle außergewöhnlicher und kritischer Umstände und für die zeitweise Aussetzung von Präferenzregelungen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Maßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## Abänderung 139

### Vorschlag für eine Verordnung

Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 c(neu)

Verordnung (EG) Nr. 1616/2006

Erwägung 8 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:***

***„(8b) Die Kommission sollte sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen im Zusammenhang mit besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 26 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 39 Absatz 4 des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens aus Gründen äußerster Dringlichkeit erforderlich ist.“***

## Abänderung 140

### Vorschlag für eine Verordnung

Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 d (neu)

Verordnung (EG) Nr. 1616/2006

Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1d. Artikel 2 wird wie folgt geändert:***

***„Artikel 2***

***Zugeständnisse für Fisch und Fischereierzeugnisse***

***Die Durchführungsvorschriften für Artikel 15 Absatz 1 des Interimsabkommens und später für Artikel 28 Absatz 1 des SAA über Zollkontingente für Fische und Fischereierzeugnisse werden von der Kommission nach dem in Artikel 8a Absatz 2 vorgesehenen Prüfverfahren erlassen.“***

## Abänderung 141

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1e. Artikel 4 wird wie folgt geändert:**

**„Artikel 4**

**Technische Anpassungen**

**Änderungen und technische Anpassungen der nach dieser Verordnung erlassenen Vorschriften, die wegen einer Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der Taric-Unterpositionen notwendig werden oder die sich aus dem Abschluss neuer oder geänderter Abkommen, Protokolle, Briefwechsel oder sonstiger Übereinkünfte zwischen der *Union* und der Republik Albanien ergeben *und die keine wesentlichen Änderungen beinhalten dürfen*, werden nach dem in *Artikel 8a Absatz 2* vorgesehenen *Prüfverfahren* erlassen.**

## Abänderung 142

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1f. Artikel 5 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 5**

**Allgemeine Schutzklausel**

**Muss die *Union* eine nach Artikel 25 des Interimsabkommens und später nach Artikel 38 des SAA vorgesehene Maßnahme treffen, so wird diese [...] nach dem in *Artikel 8a Absatz 2* genannten *Prüfverfahren* getroffen, sofern in Artikel 25 des Interimsabkommens und später Artikel 38 des SAA nichts anderes**

bestimmt ist.“

## Abänderung 143

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1g. Artikel 6 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 6**

**Knappheitsklausel**

**Muss die *Union* eine Maßnahme nach Artikel 26 des Interimsabkommens und später nach Artikel 39 des SAA treffen, so wird diese [...] nach dem in Artikel 8a Absatz 2 genannten Prüfverfahren getroffen.“**

## Abänderung 144

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 1**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 7 – Absätze 3-5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Die Kommission ergreift derartige Maßnahmen nach dem **Verfahren** des **Artikels 8a Absatz 2**. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 8a Absatz 3** Anwendung.

Die Kommission ergreift derartige Maßnahmen nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 8a Absatz 1b**. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 8a Absatz 2a** Anwendung.

## Abänderung 145

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz -1 (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Für die Zwecke der Artikel 2, 4 und 11 wird die Kommission von dem nach Artikel 248a der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzten Ausschuss für den Zollkodex unterstützt. Bei diesem**

*Ausschuss handelt es sich um einen  
Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU)  
Nr. 182/2011.*

#### **Abänderung 146**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Für die Zwecke der **Artikel 7 und 8** wird die Kommission von dem nach **Artikel 4 Absatz 1** der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 *des Rates* eingesetzten **Schutzmaßnahmenausschuss** unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. [...]/2011**.

*Geänderter Text*

1. Für die Zwecke der **Artikel 5, 7 und 8** wird die Kommission von dem nach der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 eingesetzten **Ausschuss** unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**.

#### **Abänderung 147**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Für die Zwecke des Artikels 6 wird die Kommission von dem nach der Verordnung (EG) Nr. 1061/2009 eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

#### **Abänderung 148**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz 1 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1b. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU)**

## Abänderung 149

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.**

## Abänderung 150

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 8 a – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 151

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 11 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„Die Kommission kann nach dem in Artikel 8a Absatz 1b dieser Verordnung genannten *Beratungsverfahren* beschließen, die einschlägige Präferenzregelung für die betreffenden**

Waren nach Artikel 30 Absatz 4 des Interimsabkommens und später nach Artikel 43 Absatz 4 des SAA vorübergehend auszusetzen.“

## Abänderung 152

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 13 – Nummer 3 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1616/2006  
Artikel 12

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. Artikel 12 entfällt.**

## Abänderung 153

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Erwägung 17

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 17 erhält folgende Fassung:**

**„(17) Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sichergestellt werden können, sollten [...] der Kommission [...] Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren<sup>1</sup>, ausgeübt werden.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## Abänderung 155

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer -1**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:**

**entfällt**

**a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. Die Kommission ändert Anhang I mittels delegierter Rechtsakte nach den Artikeln 24a, 24b und 24c, indem sie zur AKP-Staatengruppe gehörende Regionen oder Staaten darin aufnimmt, die Verhandlungen über ein Abkommen zwischen der Union und der betreffenden Region oder dem betreffenden Staat abgeschlossen haben, das zumindest die Anforderungen des Artikels XXIV des GATT 1994 erfüllt.“**

**b) In Absatz 3 erhält der Einleitungssatz folgende Fassung:**

**„3. Diese Region oder dieser Staat verbleibt auf der Liste in Anhang I, solange die Kommission keinen delegierten Rechtsakt nach den Artikeln 24a, 24b und 24c erlässt, um Anhang I zu ändern und die Region oder den Staat aus diesem Anhang zu streichen, insbesondere in Fällen, in denen“**

## Abänderung 156

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 a (neu)**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 5 – Absatz 3 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. In Artikel 5 Absatz 3 erhält die Einleitung folgende Fassung:**

**„3. Stellt die Kommission auf der Grundlage der von einem Mitgliedstaat übermittelten Informationen oder von sich aus fest, dass die Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 erfüllt sind, so kann**

die vorgesehene Präferenzbehandlung nach dem in *Artikel 21 Absatz 1d* genannten *Beratungsverfahren* ausgesetzt werden, wenn die Kommission zuvor“

## Abänderung 325

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang 1– Abschnitt 14 – Nummer 1 b (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 1528/2007  
Artikel 5 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1b. Artikel 5 Absatz 4 erhält folgende Fassung:***

„4. Die Aussetzung nach diesem Artikel ist auf den Zeitraum beschränkt, der notwendig ist, um die finanziellen Interessen der *Union* zu schützen. Sie beträgt höchstens sechs Monate und kann verlängert werden. Nach Ablauf dieses Zeitraums beschließt die Kommission, entweder die Aussetzung [...] zu beenden oder den Zeitraum der Aussetzung nach dem in *Artikel 21 Absatz 2d* genannten *Beratungsverfahren* zu verlängern.“

## Abänderung 158

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 c (neu)  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 5 – Absatz 6 – Unterabsatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1c. Artikel 5 Absatz 6 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:***

„Über die vorübergehende Aussetzung der vorgesehenen Präferenzbehandlung wird nach dem in *Artikel 21 Absatz 1d* genannten *Beratungsverfahren* entschieden.“

## Abänderung 159

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 d (neu)

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 6 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1d. Artikel 6 Absatz 3 erhält folgende Fassung:***

**„3. Die Durchführungsvorschriften zu den Zollkontingenten nach Absatz 2 werden nach dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.“**

## Abänderung 160

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 e (neu)

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 7 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1e. Artikel 7 Absatz 4 erhält folgende Fassung:***

**„4. Die Durchführungsvorschriften zu den Zollkontingenten und ihrer regionalen Aufteilung nach diesem Artikel werden nach dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren erlassen.“**

## Abänderung 161

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 f (neu)

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 9 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1f. Artikel 9 Absatz 5 erhält folgende Fassung:***

**„5. Die Kommission erlässt Durchführungsbestimmungen zur Unterteilung der Mengen nach Absatz 1 und zur Verwaltung des in den Absätzen 1, 3 und 4 genannten Systems sowie**

**Aussetzungsbeschlüsse [...] nach dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren.“**

## **Abänderung 162**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 1 g (neu)**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 10 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1g. Artikel 10 Absatz 4 erhält folgende Fassung:**

**„4. Die Kommission erlässt Durchführungsbestimmungen zur Verwaltung dieses Systems sowie Aussetzungsbeschlüsse nach dem in Artikel 21 Absatz 2 genannten Prüfverfahren.“**

## **Abänderung 163**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 3 – Buchstabe a**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 1 b – Absatz 1 – Satz 2 und 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Vorläufige Maßnahmen werden nach dem **Verfahren** des Artikels 21 Absatz 2 getroffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 21 Absatz 3 Anwendung.

Vorläufige Maßnahmen werden nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 21 Absatz 1d** getroffen. Bei Dringlichkeit findet Artikel 21 Absatz 3 Anwendung.

## **Abänderung 164**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 6**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 20 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. Der Beschluss zur Einführung der Überwachung wird von der Kommission nach dem **Verfahren** des **Artikels 21 Absatz 2** gefasst.

2. Der Beschluss zur Einführung der Überwachung wird von der Kommission nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 21 Absatz 1d** gefasst.

## Abänderung 165

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Für die Zwecke **dieses Kapitels** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. [.../2011]**.

*Geänderter Text*

1. Für die Zwecke **der Artikel 5, 16, 17, 18 und 20** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**.

## Abänderung 166

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Für die Zwecke des Artikels 4 wird die Kommission von dem Ausschuss für den Zollkodex unterstützt, der nach der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzt wurde. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## Abänderung 167

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 1 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1b. Für die Zwecke des Artikels 6 wird die Kommission von dem Ausschuss unterstützt, der nach der Verordnung (EG) Nr. 1785/2003 des Rates vom 29. September 2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis<sup>1</sup> eingesetzt wurde. Bei diesem Ausschuss handelt es**

*sich um einen Ausschuss im Sinne der  
Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 270 vom 21.10.2003, S.96.*

## **Abänderung 168**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 1 c (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1c. Für die Zwecke der Artikel 7 und 9  
wird die Kommission von dem nach der  
Verordnung (EG) Nr. 318/2006  
eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei  
diesem Ausschuss handelt es sich um  
einen Ausschuss im Sinne der  
Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

## **Abänderung 169**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 1 d (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1d. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz  
gilt Artikel 4 der Verordnung (EU)  
Nr. 182/2011.***

## **Abänderung 170**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 21 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt  
**Artikel [8]** der **Verordnung (EU)**  
**Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren  
**Artikel [5]**.

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt  
**Artikel 8** der **Verordnung (EU)**  
**Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren  
**Artikel 4**.

## Abänderung 171

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 21 – Absatz 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.***

## Abänderung 172

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 7 a (neu)

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 24

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***7a. Artikel 24 entfällt.***

## Abänderung 173

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 8

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 24 a, 24 b und 24 c

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8. Die folgenden Artikel 24a, 24b und 24c werden eingefügt:*** ***entfällt***

***„Artikel 24a***

***Ausübung übertragener Befugnisse***

***1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte nach Artikel 2 Absätze 2 und 3 wird der Kommission auf unbestimmte Zeit übertragen.***

***2. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt annimmt, notifiziert sie diesen zeitgleich dem Europäischen***

*Parlament und dem Rat.*

**3. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission nach Maßgabe der Artikel 24b und 24c übertragen.**

**24b.**

*Widerruf der übertragenen Befugnisse*

**1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte nach Artikel 2 Absätze 2 und 3 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden.**

**2. Das Organ, das ein internes Verfahren eingeleitet hat, um zu entscheiden, ob die Befugnisübertragung widerrufen werden soll, ist bestrebt, das andere Organ und die Kommission innerhalb einer angemessenen Frist vor der endgültigen Entscheidung zu unterrichten und dabei die übertragenen Befugnisse, die gegebenenfalls widerrufen werden, zu nennen und etwaige Gründe für den Widerruf anzugeben.**

**3. Der Beschluss zum Widerruf beendet die in dem Beschluss genannte Befugnisübertragung. Er wird unverzüglich oder zu einem in dem Beschluss genannten späteren Zeitpunkt wirksam. Die Gültigkeit von delegierten Rechtsakten, die bereits in Kraft sind, wird davon nicht berührt. Der Beschluss wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.**

**Artikel 24c**

*Einwände gegen delegierte Rechtsakte*

**1. Das Europäische Parlament oder der Rat können gegen einen delegierten Rechtsakt binnen zwei Monaten ab dem Tag der Notifizierung Einwände erheben. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um einen Monat verlängert.**

**2. Haben bei Ablauf dieser Frist weder das Europäische Parlament noch der Rat Einwände gegen den delegierten Rechtsakt erhoben, wird er im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt zu dem darin genannten**

### ***Zeitpunkt in Kraft.***

***Der delegierte Rechtsakt kann bereits vor Ablauf dieser Frist im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden und in Kraft treten, falls das Europäische Parlament und der Rat der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben.***

***3. Erheben das Europäische Parlament oder der Rat Einwände gegen den angenommenen delegierten Rechtsakt, so tritt dieser nicht in Kraft. Das Organ, das Einwände erhebt, begründet seine Einwände gegen den delegierten Rechtsakt.“***

### **Abänderung 174**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 8 a (neu)**

Verordnung (Nr.) 1528/2007

Artikel 24 d (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8a. Folgender Artikel wird eingefügt:***

***„Artikel 24d***

***Vertraulichkeit***

***1. Die aufgrund dieser Verordnung erhaltenen Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie eingeholt wurden.***

***2. Vertrauliche Informationen und Informationen, die vertraulich mitgeteilt wurden, werden nicht weitergegeben, es sei denn, dass der Auskunftgeber ausdrücklich die Erlaubnis hierzu erteilt.***

***3. Jeder Antrag auf vertrauliche Behandlung ist zu begründen. Will der Auskunftgeber die Information weder veröffentlichen noch ihre Bekanntgabe in allgemeiner oder zusammengefasster Form gestatten und erweist sich, dass der Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt ist, so kann die betreffende Information jedoch unberücksichtigt bleiben.***

***4. Informationen werden auf jeden Fall als vertraulich betrachtet, wenn ihre Offenlegung wesentliche Nachteile für den Auskunftgeber oder die Informationsquelle haben könnte.***

***5. Die Absätze 1 bis 4 schließen nicht aus, dass Unionsbehörden sich auf allgemeine Informationen beziehen, insbesondere auf die Gründe für die nach dieser Verordnung erlassenen Beschlüsse. Diese Behörden müssen jedoch dem berechtigten Interesse der betroffenen natürlichen und juristischen Personen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung tragen.“***

## **Abänderung 175**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 14 – Nummer 8 b (neu)**  
Verordnung (Nr.) 1528/2007  
Artikel 24 e (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***8b. Folgender Artikel wird eingefügt:***

***„Artikel 24e***

***Bericht***

***1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Tätigkeiten der Kommission, der Ausschüsse und der anderen Gremien, die für die Durchführung dieser Verordnung und die Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse.***

***2. Der Bericht enthält darüber hinaus eine Zusammenfassung der Statistiken und legt die Entwicklung des Handels mit den AKP-Staaten dar.***

***3. Der Bericht enthält Informationen über die Durchführung dieser Verordnung.***

***4. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die***

*Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Anwendung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.*

*5. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## **Abänderung 176**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Erwägung 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1. Erwägung 7 entfällt.*

## **Abänderung 177**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Erwägung 8

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1a. Erwägung 8 erhält folgende Fassung:*

*„(8) Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass der Durchführungsvorschriften zu einigen Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Montenegro andererseits, das am 15. Oktober 2007 in Luxemburg unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der*

Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.

---

<sup>1</sup> ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## Abänderung 178

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 b (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Erwägung 8 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(8a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen und für die zeitweise Aussetzung von Präferenzregelungen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## Abänderung 179

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 c (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Erwägung 8 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(8b) Die Kommission sollte sofort geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen im Zusammenhang mit besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 26 Absatz 5 Buchstabe b und des Artikels 27**

*Absatz 4 des Interimsabkommens und  
später des Artikels 41 Absatz 5 Buchstabe  
b und des Artikels 42 Absatz 4 des  
Stabilisierungs- und  
Assoziierungsabkommens aus Gründen  
äußerster Dringlichkeit erforderlich ist.“*

## **Abänderung 180**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1d. Artikel 2 erhält folgende Fassung:*

**„Artikel 2**

**Zugeständnisse für Fisch und  
Fischereierzeugnisse**

**Die Durchführungsvorschriften zu  
Artikel 14 des Interimsabkommens und  
später zu Artikel 29 des SAA über die  
Zollkontingente für Fisch und  
Fischereierzeugnisse werden von der  
Kommission nach dem in *Artikel 8a  
Absatz 2* vorgesehenen *Prüfverfahren*  
erlassen.“**

## **Abänderung 181**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1e. Artikel 4 wird wie folgt geändert:*

**„Artikel 4**

**Technische Anpassungen**

**Änderungen und technische  
Anpassungen der aufgrund dieser  
Verordnung erlassenen Bestimmungen,  
die wegen Änderungen der Codes der  
Kombinierten Nomenklatur und der  
TARIC-Unterpositionen notwendig  
werden oder die sich aus dem Abschluss**

neuer oder der Änderung bestehender Abkommen, Protokolle, Briefwechsel oder sonstiger Übereinkünfte zwischen der *Union* und der Republik Montenegro ergeben *und die keine wesentlichen Änderungen beinhalten dürfen*, werden nach dem in *Artikel 8a Absatz 2* vorgesehenen Prüfverfahren vorgenommen.“

## Abänderung 182

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer - 1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1f. Artikel 5 erhält folgende Fassung:*

„Artikel 5

**Allgemeine Schutzklausel**

**Muss die *Union* eine Maßnahme nach Artikel 26 des Interimsabkommens und später nach Artikel 41 des SAA treffen, so wird diese [...] nach dem in Artikel 8a Absatz 2 dieser Verordnung vorgesehenen Prüfverfahren getroffen, sofern in Artikel 26 des Interimsabkommens und später Artikel 41 des SAA nichts anderes bestimmt ist.“**

## Abänderung 183

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1g. Artikel 6 erhält folgende Fassung:*

„Artikel 6

**Knappheitsklausel**

**Muss die *Union* eine Maßnahme nach Artikel 27 des Interimsabkommens und später nach Artikel 42 des SAA treffen, so wird diese [...] nach dem in Artikel 8a**

***Absatz 2 dieser Verordnung vorgesehenen Prüfverfahren getroffen.“***

## **Abänderung 184**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 1**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 7 – Absätze 3-5

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission ergreift derartige Maßnahmen nach dem **Verfahren** des **Artikels 8a Absatz 2**. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 8a Absatz 3** Anwendung.

*Geänderter Text*

Die Kommission ergreift derartige Maßnahmen nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 8a Absatz 1a**. Bei Dringlichkeit findet **Artikel 8a Absatz 2a** Anwendung.

## **Abänderung 185**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz -1 (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1. Für die Zwecke der Artikel 2, 4 und 11 wird die Kommission von dem nach Artikel 248a der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzten Ausschuss für den Zollkodex unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

## **Abänderung 186**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz -1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1a. Für die Zwecke des Artikels 6 wird die Kommission von dem nach der Verordnung (EG) Nr. 1061/2009 eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der***

## **Abänderung 187**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

1. Für die Zwecke der **Artikel 7 und 8** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. [..../2011]**.

*Geänderter Text*

1. Für die Zwecke der **Artikel 5, 7 und 8** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**.

## **Abänderung 188**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## **Abänderung 189**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.**

## Abänderung 190

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 8 a – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 191

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 11 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„Die Kommission kann nach dem in Artikel 8a Absatz 1a dieser Verordnung vorgesehenen Beratungsverfahren beschließen, die Anwendung der einschlägigen Präferenzregelung für die betreffenden Waren nach Artikel 31 Absatz 4 des Interimsabkommens und später Artikel 46 Absatz 4 des SAA vorübergehend auszusetzen.“**

## Abänderung 192

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 15 – Nummer 3 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 140/2008  
Artikel 12

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. Artikel 12 entfällt.**

## Abänderung 193

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Erwägung 11

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1. Erwägung 11 entfällt.***

## Abänderung 194

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Erwägung 12

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1a. Erwägung 12 entfällt.***

## Abänderung 195

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Erwägung 13

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***-1b. Erwägung 13 erhält folgende Fassung:***

***„(13) Zur Gewährleistung einheitlicher Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Durchführungsbefugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> ausgeübt werden.***

## Abänderung 196

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Erwägung 13 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(13a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen und für die zeitweise Aussetzung von Präferenzregelungen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## Abänderung 197

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer - 1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 3 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1d. Artikel 3 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Unbeschadet anderer Bestimmungen dieser Verordnung, insbesondere des Artikels 10, kann die Kommission, wenn die Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse die Unionsmärkte und ihre Regulierungsmechanismen ernsthaft stören, im Wege von Durchführungsrechtsakten geeignete Maßnahmen ergreifen. Diese Durchführungsrechtsakte werden nach dem in Artikel 11a Absatz 2 vorgesehenen**

*Prüfverfahren erlassen.“*

## **Abänderung 198**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1e. Artikel 4 erhält folgende Fassung:*

**„Artikel 4**

**Anwendung der Zollkontingente auf  
Milcherzeugnisse**

**Die Durchführungsvorschriften zu den  
Zollkontingenten der Positionen 0401 bis  
0406 werden von der Kommission *im  
Wege von Durchführungsrechtsakten*  
erlassen. *Diese Durchführungsrechtsakte  
werden nach dem in Artikel 11a Absatz 2  
vorgesehenen Prüfverfahren erlassen.“***

## **Abänderung 199**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 7 – Einleitung

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1f. Der einleitende Teil von Artikel 7  
erhält folgende Fassung:*

**„Die Kommission legt nach dem *in  
Artikel 11a Absatz 2 vorgesehenen  
Prüfverfahren* die zur Anwendung dieser  
Verordnung notwendigen  
Bestimmungen - mit Ausnahme der *in  
Artikel 4 vorgesehenen Bestimmungen* -  
fest, insbesondere“**

## **Abänderung 200**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 8

**-1g. Artikel 8 entfällt.**

## Abänderung 201

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 1 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 55/2008

Artikel 10 – Absatz 1 – Einleitung

#### Vorschlag der Kommission

1. Stellt die Kommission fest, dass in Bezug auf die Republik Moldau hinreichende Beweise für Betrug, Unregelmäßigkeiten oder systematische Nichtbeachtung oder Nichtgewährleistung der Einhaltung der Ursprungsregeln für Waren und der entsprechenden Verfahren, Unterlassung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verwaltungszusammenarbeit oder Nichterfüllung anderer in Artikel 2 Absatz 1 genannter Bedingungen vorliegen, so kann sie nach dem **Verfahren** des **Artikels 11a Absatz 2** Maßnahmen ergreifen, um die in dieser Verordnung vorgesehenen Präferenzregelungen für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten ganz oder teilweise auszusetzen, sofern sie vorher

#### Geänderter Text

1. Stellt die Kommission fest, dass in Bezug auf die Republik Moldau hinreichende Beweise für Betrug, Unregelmäßigkeiten oder systematische Nichtbeachtung oder Nichtgewährleistung der Einhaltung der Ursprungsregeln für Waren und der entsprechenden Verfahren, Unterlassung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verwaltungszusammenarbeit oder Nichterfüllung anderer in Artikel 2 Absatz 1 genannter Bedingungen vorliegen, so kann sie nach dem **Beratungsverfahren** des **Artikels 11a Absatz 1b** Maßnahmen ergreifen, um die in dieser Verordnung vorgesehenen Präferenzregelungen für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten ganz oder teilweise auszusetzen, sofern sie vorher

## Abänderung 326

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang 1– Abschnitt 16 – Nummer 1 – Buchstabe b a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 55/2008

Artikel 10 – Absatz 3

#### Vorschlag der Kommission

#### Geänderter Text

**ba) Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„3. Bei Ablauf des Aussetzungszeitraums beschließt die Kommission, entweder [...] die vorläufige Aussetzung zu beenden oder die Aussetzung nach dem in Artikel 11a Absatz 1b genannten Beratungsverfahren zu verlängern.“**

## Abänderung 327

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang 1– Abschnitt 16 – Nummer 2 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 – Absatz 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2a. Artikel 11 Absatz 5 erhält folgende Fassung:**

**„5. Die Untersuchung ist binnen sechs Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gemäß Absatz 2 abzuschließen. Die Kommission kann diese Frist in Ausnahmefällen nach dem in Artikel 11a Absatz 1b genannten Beratungsverfahren verlängern.“**

## Abänderung 204

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 2 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 – Absatz 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2b. Artikel 11 Absatz 6 erhält folgende Fassung:**

**„6. Die Kommission fasst binnen drei Monaten einen Beschluss nach dem in Artikel 11a Absatz 2 genannten Prüfverfahren. Dieser Beschluss tritt binnen eines Monats nach seiner Veröffentlichung in Kraft.“**

## Abänderung 205

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 2 c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 – Absatz 7

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2c. Artikel 11 Absatz 7 erhält folgende Fassung:**

**„7. Lassen außergewöhnliche Umstände, die ein unverzügliches Eingreifen erfordern, eine Untersuchung nicht zu, so kann die Kommission [...] nach dem in Artikel 11a Absatz 2a genannten Verfahren jede zwingend notwendige Abhilfemaßnahme treffen.“**

## **Abänderung 206**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 a – Absatz 1

### *Vorschlag der Kommission*

1. Für die Zwecke des **Artikels 11** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. [...]/2011**.

### *Geänderter Text*

1. Für die Zwecke des **Artikels 3 Absatz 3, des Artikels 11 und des Artikels 12** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**.

## **Abänderung 207**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 a – Absatz 1 a (neu)

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**1a. Für die Zwecke des Artikels 4 wird die Kommission von dem nach Artikel 195 der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## **Abänderung 208**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 a – Absatz 1 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1b. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.***

## **Abänderung 209**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.***

## **Abänderung 210**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 11 a – Absatz 2 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2b. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.***

## **Abänderung 211**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 16 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 55/2008  
Artikel 12 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***3a. Artikel 12 Absatz 2 erhält folgende Fassung:***

**„Hält die Republik Moldawien hinsichtlich der *vorgenannten* Kapitel 17, 18, 19 und 21 die Ursprungsregeln nicht ein oder arbeitet im Bereich der Verwaltung nicht gemäß Artikel 2 zusammen, oder überschreiten die Einfuhren der Waren dieser Kapitel, die der in der vorliegenden Verordnung gewährten Präferenzregelung unterliegen, die normalen Einfuhrmengen aus der Republik Moldau, so werden geeignete Maßnahmen nach *dem in Artikel 11a Absatz 2 genannten Prüfverfahren* getroffen.“**

## **Abänderung 212**

**Vorschlag für eine Verordnung regulation  
Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Erwägung 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 7 entfällt.**

## **Abänderung 213**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 a (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Erwägung 8**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Erwägung 8 erhält folgende Fassung:**

**„(8) Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass der Durchführungsvorschriften zu einigen Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Bosnien und Herzegowina andererseits, das am 16. Juni 2008 in Luxemburg unterzeichnet wurde. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der**

**Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## **Abänderung 214**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 b(neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Erwägung 8 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(8a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen und für die zeitweise Aussetzung von Präferenzregelungen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## **Abänderung 215**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 c(neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Erwägung 8 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(8b) Die Kommission sollte sofort**

*geltende Durchführungsrechtsakte erlassen, wenn dies in hinreichend begründeten Fällen im Zusammenhang mit besonderen und kritischen Umständen im Sinne des Artikels 24 Absatz 5 Buchstabe b und des Artikels 25 Absatz 4 des Interimsabkommens und später des Artikels 39 Absatz 5 Buchstabe b und des Artikels 40 Absatz 4 des SAA aus Gründen äußerster Dringlichkeit erforderlich ist.“*

## **Abänderung 216**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1d. Artikel 2 erhält folgende Fassung:*

**„Artikel 2**

**Zugeständnisse für Fisch und Fischereierzeugnisse**

**Die Durchführungsvorschriften zu Artikel 13 des Interimsabkommens und später zu Artikel 28 des SAA über die Zollkontingente für Fisch und Fischereierzeugnisse werden von der Kommission nach dem in Artikel 8a Absatz 2 vorgesehenen Prüfverfahren erlassen.“**

## **Abänderung 217**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 e (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 4

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1e. Artikel 4 erhält folgende Fassung:*

**„Artikel 4**

**Technische Anpassungen**

**Änderungen und technische Anpassungen der nach dieser**

**Verordnung erlassenen Vorschriften, die wegen einer Änderung der Codes der Kombinierten Nomenklatur und der TARIC-Unterpositionen notwendig werden oder die sich aus dem Abschluss neuer oder der Änderung bestehender Abkommen, Protokolle, Briefwechsel oder sonstiger Übereinkünfte zwischen der *Union* und Bosnien und Herzegowina ergeben *und die keine wesentlichen Änderungen beinhalten dürfen*, werden nach dem in *Artikel 8a Absatz 2 vorgesehenen Prüfverfahren* erlassen.“**

## **Abänderung 218**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer - 1 f (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 5

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1f. Artikel 5 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 5**

**Allgemeine Schutzklausel**

**Muss die *Union* eine in Artikel 24 des Interimsabkommens und später Artikel 39 des SAA vorgesehene Maßnahme treffen, so wird diese [...] nach dem in Artikel 8a Absatz 2 dieser Verordnung vorgesehenen Prüfverfahren getroffen, sofern in Artikel 24 des Interimsabkommens und später Artikel 39 des SAA nichts anderes bestimmt ist.“**

## **Abänderung 219**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer -1 g (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1g. Artikel 6 erhält folgende Fassung:**

**„Artikel 6**

## **Knappheitsklausel**

**Muss die *Union* eine in Artikel 25 des Interimsabkommens und später Artikel 40 des SAA vorgesehene Maßnahme treffen, so wird diese [...] nach dem in Artikel 8a Absatz 2 dieser Verordnung vorgesehenen Prüfverfahren getroffen.“**

### **Abänderung 220**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 1**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 7 – Absätze 3-5

#### *Vorschlag der Kommission*

„Die Kommission trifft derartige Maßnahmen nach dem *Verfahren* des *Artikels 8a Absatz 2*. Bei Dringlichkeit findet *Artikel 8a Absatz 3* Anwendung.“

#### *Geänderter Text*

„Die Kommission trifft derartige Maßnahmen nach dem *Beratungsverfahren* des *Artikels 8a Absatz 1a*. Bei Dringlichkeit findet *Artikel 8a Absatz 2a* Anwendung.“

### **Abänderung 221**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz -1 (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**-1. Für die Zwecke der Artikel 2, 4 und 11 wird die Kommission von dem nach Artikel 248a der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 eingesetzten Ausschuss für den Zollkodex unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

### **Abänderung 222**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz -1 a (neu)

**-1a. Für die Zwecke des Artikels 6 wird die Kommission von dem nach der Verordnung (EG) Nr. 1061/2009 eingesetzten Ausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## Abänderung 223

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Für die Zwecke der **Artikel 7 und 8** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. [...]/2011**.

1. Für die Zwecke der **Artikel 5, 7 und 8** wird die Kommission von dem nach Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 260/2009 des Rates eingesetzten Schutzmaßnahmenausschuss unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**.

## Abänderung 224

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## Abänderung 225

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz 2 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Verbindung mit deren Artikel 4.**

## **Abänderung 226**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 8 a – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## **Abänderung 227**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 11 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

**„Die Kommission kann nach dem in Artikel 8a Absatz 1a dieser Verordnung vorgesehenen Beratungsverfahren beschließen, die Anwendung der einschlägigen Präferenzregelung für die betreffenden Waren nach Artikel 29 Absatz 4 des Interimsabkommens und später Artikel 44 Absatz 4 des SAA vorübergehend auszusetzen.“**

## Abänderung 228

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 17 – Nummer 3 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 594/2008  
Artikel 12

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3b. Artikel 12 entfällt.**

## Abänderung 229

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Hinsichtlich der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 sollte die Kommission ermächtigt werden, die Maßnahmen, die zur Durchführung der besagten Verordnung erforderlich sind, nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. [xxx/2011] des Europäischen Parlaments und des Rates vom [xx.yy.2011] zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, zu treffen.

Hinsichtlich der Verordnung (EG) Nr. 732/2008 sollte die Kommission die Befugnis erhalten, **gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte hinsichtlich der Änderung von Anhang I der besagten Verordnung zu erlassen.** Zudem sollte die Kommission die Befugnis erhalten, die Maßnahmen, die zur Durchführung der besagten Verordnung erforderlich sind, nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. **182/2011** des Europäischen Parlaments und des Rates vom **16. Februar 2011** zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, zu erlassen.

## Abänderung 230

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Erwägung 24 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Folgende Erwägung wird eingefügt:**  
**„(24a) Damit die für die Anwendung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen erlassen werden können,**

*sollte der Kommission die Befugnis übertragen werden, gemäß Artikel 290 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Rechtsakte zu erlassen, um dem Antrag stellenden Land die Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung zu gewähren und Anhang I entsprechend zu ändern, genaue Regeln über die Durchführung der Bestimmungen über die Senkung der Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Waren der Tarifposition 1701 zu erlassen, die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs für Waren der Tarifpositionen 1006 und 1701 auszusetzen, Einfuhrlizenzen für die Einfuhr von Waren der Tarifposition 1701 zu verlangen, ein Land durch Änderung des Anhangs I aus der Regelung zu streichen und einen Übergangszeitraum festzulegen, die in dieser Verordnung vorgesehenen Präferenzregelungen auszusetzen, die Präferenzregelungen für alle oder bestimmte Waren mit Ursprung in einem begünstigten Land vorübergehend zurückzunehmen und Änderungen der Anhänge zu erlassen. Es ist von besonderer Bedeutung, dass die Kommission im Zuge ihrer Vorbereitungstätigkeiten angemessene Konsultationen, auch auf der Ebene von Sachverständigen, durchführt. Bei der Vorbereitung und Ausarbeitung delegierter Rechtsakte sollte die Kommission gewährleisten, dass die einschlägigen Dokumente dem Europäischen Parlament und dem Rat gleichzeitig, rechtzeitig und auf angemessene Weise übermittelt werden.“*

## **Abänderung 231**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Erwägung 25

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1a. Erwägung 25 erhält folgende*

**Fassung:**

**„(25) Die Durchführung der Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass vorläufiger und endgültiger Maßnahmen, die Einleitung vorheriger Überwachungsmaßnahmen und die Einstellung einer Untersuchung ohne die Einführung von Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

**Abänderung 232**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer -1 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Erwägung 25 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(25a) Im Zusammenhang mit sofort anwendbaren Durchführungsrechtsakten sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, um eine Untersuchung einzuleiten und auszuweiten, um einen Beschluss über die Überwachung und Beurteilung der Lage in dem begünstigten Land innerhalb einer Frist von sechs Monaten zu fassen, wenn die Ansicht vertreten wird, dass die vorübergehende Rücknahme der Präferenzen gerechtfertigt ist, und um vorläufige Maßnahmen zu erlassen, weil sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer**

*wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“*

## **Abänderung 233**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer -1 c (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 10

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1c. Artikel 10 wird wie folgt geändert:*

*a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:*

*„2. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, damit sie nach Prüfung des Antrags beschließen kann, ob dem Antrag stellenden Land die Sonderregelung für nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung gewährt und Anhang I entsprechend geändert werden soll.*

*Wenn ein verzögertes Eingreifen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen würde und daher Gründe äußerster Dringlichkeit es zwingend erfordern, findet das Verfahren nach Artikel 27b für delegierte Rechtsakte, die gemäß diesem Absatz erlassen worden sind, Anwendung.“*

*b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:*

*„5. Bei allen Beziehungen zu einem Antrag stellenden Land verfährt die Kommission, soweit es um den Antrag geht, nach dem *Beratungsverfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5.“*

## **Abänderung 234**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer -1 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 11

**-Id. Artikel 11 wird wie folgt geändert:**

**a) Absatz 7 erhält folgende Fassung:**

**„7. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um genaue Regeln über die Durchführung der in den Absätzen 4, 5 und 6 des vorliegenden Artikels genannten Bestimmungen festzulegen.**

**Wenn ein verzögertes Eingreifen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen würde und daher Gründe äußerster Dringlichkeit es zwingend erfordern, findet das Verfahren nach Artikel 27b für delegierte Rechtsakte, die gemäß diesem Absatz erlassen worden sind, Anwendung.“**

**b) Absatz 8 erhält folgende Fassung:**

**„8. Streichen die Vereinten Nationen ein Land von der Liste der am wenigsten entwickelten Länder, so wird dieses Land von der Liste der im Rahmen der Regelung Begünstigten gestrichen. Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um ein Land durch Änderung des Anhangs I aus der Regelung zu streichen und einen Übergangszeitraum von mindestens drei Jahren festzulegen.“**

## Abänderung 235

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 1 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 16 – Absatz 3 - Einleitungssatz

Vorschlag der Kommission

Geänderter Text

3. Die Kommission **kann** die Präferenzregelungen im Rahmen dieser Verordnung für alle oder bestimmte Waren mit Ursprung in einem begünstigten Land nach dem Verfahren des Artikels 27 Absatz 6 **aussetzen**, wenn ihrer Ansicht

3. Der Kommission **wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um** die Präferenzregelungen im Rahmen dieser Verordnung für alle oder bestimmte Waren mit Ursprung in einem begünstigten Land

nach genügend Beweise dafür vorliegen, dass die vorübergehende Rücknahme aus den in den Absätzen 1 und 2 genannten Gründen gerechtfertigt ist, vorausgesetzt, sie hat zunächst

*auszusetzen*, wenn ihrer Ansicht nach genügend Beweise dafür vorliegen, dass die vorübergehende Rücknahme aus den in den Absätzen 1 und 2 genannten Gründen gerechtfertigt ist, vorausgesetzt, sie hat zunächst

## Abänderung 236

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 2 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 18 – Absatz 6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(2a) Artikel 18 Absatz 6 erhält folgende Fassung:**

**„(6) Die Untersuchung wird innerhalb eines Jahres abgeschlossen. Die Kommission kann diesen Zeitraum nach dem *Beratungsverfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5 verlängern.“**

## Abänderung 237

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 3 – Buchstabe -a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 19 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

**„Die Kommission unterbreitet dem in Artikel 27 Absatz 1 genannten Ausschuss und dem Europäischen Parlament einen Bericht über ihre Feststellungen.“**

## Abänderung 238

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 3 – Buchstabe -a a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 19 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-aa) Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. Ist nach Auffassung der Kommission eine vorübergehende Rücknahme aufgrund der Feststellungen nicht gerechtfertigt, so beschließt sie nach dem *Beratungsverfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5 die Einstellung der Untersuchung. In diesem Fall veröffentlicht sie im *Amtsblatt der Europäischen Union* eine Bekanntmachung über die Einstellung der Untersuchung, in der sie die wichtigsten Schlussfolgerungen darlegt.“**

## Abänderung 239

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 3 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 19 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

a) Absatz 3 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Kommission unterrichtet das betreffende begünstigte Land von diesem Beschluss und veröffentlicht eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union mit der Ankündigung ihrer Absicht, die Präferenzregelungen für alle oder bestimmte Waren mit Ursprung in einem begünstigten Land vorübergehend zurückzunehmen, sofern sich das betreffende begünstigte Land nicht vor dem Ende des genannten Zeitraums verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um innerhalb einer angemessenen Frist den in Anhang III Teil A genannten Übereinkommen zu entsprechen.“

#### *Geänderter Text*

a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:

**„Ist nach Auffassung der Kommission aufgrund der Feststellungen eine vorübergehende Rücknahme aus dem in Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe a genannten Grund gerechtfertigt, so beschließt sie nach dem *Beratungsverfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5, die Lage in dem begünstigten Land während eines Zeitraums von sechs Monaten zu überwachen und zu beurteilen.** Die Kommission unterrichtet das betreffende begünstigte Land von diesem Beschluss und veröffentlicht eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union mit der Ankündigung ihrer Absicht, die Präferenzregelungen für alle oder bestimmte Waren mit Ursprung in einem begünstigten Land vorübergehend zurückzunehmen, sofern sich das betreffende begünstigte Land nicht vor dem Ende des genannten Zeitraums verpflichtet, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um innerhalb einer angemessenen Frist den in Anhang III Teil A genannten Übereinkommen zu entsprechen.“

## Abänderung 240

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 3 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 19 – Absatz 4

#### *Vorschlag der Kommission*

4. **Hält die Kommission eine** vorübergehende Rücknahme **für erforderlich, so beschließt sie nach dem Verfahren des Artikels 27 Absatz 6.** In dem in Absatz 3 genannten Fall wird die Kommission am Ende des in jenem Absatz genannten Zeitraums tätig.

#### *Geänderter Text*

4. **Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um über die** vorübergehende Rücknahme **zu beschließen.** In dem in Absatz 3 genannten Fall wird die Kommission am Ende des in jenem Absatz genannten Zeitraums tätig.

## Abänderung 241

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 3 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 19 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. **Beschließt** die Kommission **eine vorübergehende** Rücknahme, so tritt dieser Beschluss sechs Monate nach der Annahme in Kraft, es sei denn, die Kommission entscheidet vor diesem Zeitpunkt, **dass** die Gründe, die zu diesem Beschluss geführt haben, nicht mehr bestehen.

#### *Geänderter Text*

5. **Erlässt** die Kommission **einen delegierten Rechtsakt zur vorübergehenden** Rücknahme, so tritt dieser Beschluss sechs Monate nach der Annahme in Kraft, es sei denn, **der delegierte Rechtsakt wurde aufgehoben oder** die Kommission entscheidet vor diesem Zeitpunkt, **den delegierten Rechtsakt zurückzuziehen, weil** die Gründe, die zu diesem Beschluss geführt haben, nicht mehr bestehen.

## Abänderung 328

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang 1– Abschnitt 18 – Nummer 4 – Buchstabe a

Regulation (EC) No 732/2008

Artikel 20 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Die Untersuchung ist binnen sechs Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gemäß Absatz 2 abzuschließen. Die Kommission kann diese Frist in Ausnahmefällen nach dem

#### *Geänderter Text*

5. Die Untersuchung ist binnen sechs Monaten nach Veröffentlichung der Bekanntmachung gemäß Absatz 2 abzuschließen. Die Kommission kann diese Frist in Ausnahmefällen nach dem

*Verfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5 verlängern.“

*Beratungsverfahren* gemäß Artikel 27 Absatz 5 verlängern.

## Abänderung 243

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 4 – Buchstabe c

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 20 – Absatz 7

#### *Vorschlag der Kommission*

7. Lassen außergewöhnliche Umstände, die ein unverzügliches Eingreifen erfordern, eine Untersuchung nicht zu, so kann die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 27 Absatz 7 jede zwingend notwendige *Abhilfemaßnahme* treffen.

#### *Geänderter Text*

7. Lassen außergewöhnliche Umstände, die ein unverzügliches Eingreifen erfordern, eine Untersuchung nicht zu, so kann die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 27 Absatz 7 jede zwingend notwendige *vorläufige Maßnahme* treffen.

***Beantragt ein Mitgliedstaat ein umgehendes Eingreifen der Kommission und sind die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllt, so fasst die Kommission binnen fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluss.***

***Vorläufige Maßnahmen dürfen höchstens 200 Tage gelten.***

***Werden die vorläufigen Schutzmaßnahmen aufgehoben, weil die Untersuchung ergeben hat, dass die Voraussetzungen dieses Artikels nicht erfüllt sind, so werden alle aufgrund dieser vorläufigen Maßnahmen vereinnahmten Zölle von Amts wegen zurückerstattet.***

## Abänderung 329

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang 1– Abschnitt 18 – Nummer 5

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 21

#### *Vorschlag der Kommission*

Verursachen die Einfuhren von Waren des Anhangs I des Vertrags eine ernste Störung der Märkte der Union, insbesondere in einem oder mehreren Gebieten in äußerster Randlage, oder der Regulierungsmechanismen dieser Märkte

#### *Geänderter Text*

Verursachen die Einfuhren von Waren des Anhangs I des Vertrags eine ernste Störung der Märkte der Union, insbesondere in einem oder mehreren Gebieten in äußerster Randlage, oder der Regulierungsmechanismen dieser Märkte

oder drohen sie dies zu tun, so kann die Kommission nach dem Verfahren des **Artikels 27 Absatz 6** von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats **nach Konsultation des Verwaltungsausschusses für die entsprechende gemeinsame Marktorganisation** die Präferenzregelungen für die betreffenden Waren aussetzen.

oder drohen sie dies zu tun, so kann die Kommission nach dem Verfahren des **Artikels 27 Absatz 5** von sich aus oder auf Antrag eines Mitgliedstaats die Präferenzregelungen für die betreffenden Waren aussetzen.

## Abänderung 244

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 6**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 22 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

6. Artikel 22 Absatz 2 **entfällt**.

*Geänderter Text*

6. Artikel 22 Absatz 2 **erhält folgende Fassung:**

**„2. Vorherige Überwachungsmaßnahmen werden von der Kommission nach dem Beratungsverfahren des Artikels 27 Absatz 5 erlassen.“**

## Abänderung 245

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 6 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 22 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 22a**

**1. Ergibt sich aus der endgültigen Sachaufklärung, dass die Voraussetzungen des Artikels 20 nicht erfüllt sind, so beschließt die Kommission die Beendigung der Untersuchung und des Verfahrens gemäß dem in Artikel 27 Absatz 6 genannten Prüfverfahren.**

**2. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes vertraulicher Informationen im Sinne des Artikels 27c einen Bericht über**

*ihre Feststellungen vor und begründet darin die Schlussfolgerungen zu allen relevanten Sach- und Rechtsfragen. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## **Abänderung 246**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 6 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 25

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6b. Der einleitende Teil von Artikel 25 erhält folgende Fassung:**

**„Der Kommission wird die Befugnis übertragen, gemäß Artikel 27a delegierte Rechtsakte zu erlassen, um Änderungen der Anhänge festzulegen, die aufgrund folgender Gegebenheiten erforderlich werden:“**

## **Abänderung 247**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 7**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 27

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**7. In Artikel 27 werden folgende Absätze 6 und 7 angefügt:**

**7. Artikel 27 erhält folgende Fassung:**

**„1. Die Kommission wird von einem Ausschuss für allgemeine Präferenzen [...] unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

[...]

**5. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

**6. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [5] der Verordnung (EU)**

**6. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 5 der Verordnung (EU)**

*Nr. [xxxx/2011].*

7. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.“

*Nr. 182/2011.*

7. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

**7a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

### **Abänderung 330**

#### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang 1– Abschnitt 18 – Nummer 7 a (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 27 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**7a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 27a**

**1. Die Befugnis zum Erlass delegierter Rechtsakte wird der Kommission unter den in diesem Artikel festgelegten Bedingungen übertragen.**

**2. Die Befugnis zum Erlass der in Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 16 Absatz 3, Artikel 19 Absätze 4 und 5 und Artikel 25 genannten delegierten Rechtsakte wird der Kommission für einen Zeitraum von fünf Jahren übertragen. Die Kommission erstellt spätestens neun Monate vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren einen Bericht über die Befugnisübertragung. Die Befugnisübertragung verlängert sich stillschweigend um Zeiträume gleicher Länge, es sei denn, das Europäische Parlament oder der Rat widersprechen solchen Verlängerungen spätestens drei Monate vor Ablauf des jeweiligen Zeitraums.**

**3. Die Befugnisübertragung gemäß Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 16 Absatz 3, Artikel 19 Absätze 4 und 5 und Artikel 25 kann vom Europäischen Parlament oder vom Rat jederzeit widerrufen werden. Der Beschluss über den Widerruf beendet die Übertragung der in diesem Beschluss angegebenen Befugnis. Er wird am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union oder zu einem darin angegebenen späteren Zeitpunkt wirksam. Er berührt nicht die Gültigkeit der bereits in Kraft getretenen delegierten Rechtsakte.**

**4. Sobald die Kommission einen delegierten Rechtsakt erlässt, übermittelt sie ihn gleichzeitig dem Europäischen Parlament und dem Rat.**

**5. Ein delegierter Rechtsakt, der gemäß Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absätze 7 und 8, Artikel 16 Absatz 3, Artikel 19 Absätze 4 und 5 und Artikel 25 erlassen wurde, tritt nur in Kraft, wenn weder das Europäische Parlament noch der Rat innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Übermittlung dieses Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat Einwände erhoben haben oder wenn vor Ablauf dieser Frist das Europäische Parlament und der Rat beide der Kommission mitgeteilt haben, dass sie keine Einwände erheben werden. Auf Initiative des Europäischen Parlaments oder des Rates wird diese Frist um zwei Monate verlängert.“**

## **Abänderung 249**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 7 b (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 27 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**7b. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 27b**

**Dringlichkeitsverfahren**

*1. Delegierte Rechtsakte, die nach diesem Artikel erlassen werden, treten umgehend in Kraft und sind anwendbar, solange keine Einwände gemäß Absatz 2 erhoben werden. Bei der Übermittlung eines delegierten Rechtsakts an das Europäische Parlament und den Rat werden die Gründe für die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens angegeben.*

*2. Das Europäische Parlament oder der Rat können gemäß dem Verfahren des Artikels 27a Absatz 5 Einwände gegen einen delegierten Rechtsakt erheben. In diesem Fall hebt die Kommission den Rechtsakt umgehend nach der Übermittlung des Beschlusses des Europäischen Parlaments oder des Rates, Einwände zu erheben, auf.“*

## **Abänderung 250**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 7 c (neu)**

Verordnung (EG) Nr. 732/2008

Artikel 27 c (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*7c. Folgender Artikel wird eingefügt:*

*„Artikel 27c*

*Vertraulichkeit*

*1. Die aufgrund dieser Verordnung erhaltenen Informationen dürfen nur zu dem Zweck verwendet werden, zu dem sie eingeholt wurden.*

*2. Vertrauliche Informationen und Informationen, die vertraulich mitgeteilt wurden, werden nicht weitergegeben, es sei denn, dass der Auskunftgeber ausdrücklich die Erlaubnis hierzu erteilt.*

*3. Jeder Antrag auf vertrauliche Behandlung ist zu begründen. Will der Auskunftgeber die Information weder veröffentlichen noch ihre Bekanntgabe in allgemeiner oder zusammengefasster Form gestatten und erweist sich, dass der Antrag auf vertrauliche Behandlung nicht gerechtfertigt ist, so kann die*

*betreffende Information jedoch unberücksichtigt bleiben.*

*4. Informationen werden auf jeden Fall als vertraulich betrachtet, wenn ihre Offenlegung wesentliche Nachteile für den Auskunftgeber oder die Informationsquelle haben könnte.*

*5. Die Absätze 1 bis 4 schließen nicht aus, dass Unionsbehörden sich auf allgemeine Informationen beziehen, insbesondere auf die Gründe für die nach dieser Verordnung erlassenen Beschlüsse. Diese Behörden müssen jedoch dem berechtigten Interesse der betroffenen natürlichen und juristischen Personen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung tragen.“*

## **Abänderung 251**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 18 – Nummer 7 d (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 732/2008  
Artikel 27 d (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*7d. Folgender Artikel wird eingefügt:*

*„Artikel 27d*

*Bericht*

*1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung der Verordnung vor. Der Bericht erstreckt sich auf alle in Artikel 1 Absatz 2 genannten Präferenzregelungen, enthält Informationen über die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind, einschließlich der Verpflichtungen in Bezug auf Handelshemmnisse, fasst die Ergebnisse der Statistiken zusammen und legt die Entwicklung des Handels mit den begünstigten Ländern und Gebieten dar.*

*2. Der Ausschuss für allgemeine*

*Präferenzen und das Europäische Parlament untersuchen auf der Grundlage des Berichts die Auswirkungen der Regelung. Das Parlament kann die Kommission zu einem Ad-hoc-Treffen mit seinem zuständigen Ausschuss einladen, um Fragen zur Durchführung des Abkommens zu erörtern und zu klären.*

*3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Ausschuss für allgemeine Präferenzen und dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## Abänderung 252

Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 19 – Nummer -1 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Erwägung 16

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1. Erwägung 16 erhält folgende Fassung:*

*„(16) Es sollte vorgesehen werden, dass Untersuchungen unabhängig davon, ob endgültige Maßnahmen eingeführt werden oder nicht, normalerweise innerhalb von 11 Monaten und spätestens innerhalb von 12 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen werden sollten. Nur wenn die Mitgliedstaaten der Kommission mitteilen, dass sie bei der Entscheidungsfindung mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen und es erforderlich sein wird, gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 dem Berufungsausschuss einen Entwurf des Durchführungsrechtsakts vorzulegen, sollte die Kommission beschließen können, die Frist auf höchstens 13 Monate zu verlängern.“*

## Abänderung 253

### Vorschlag für eine Verordnung

Anhang – Abschnitt 19 – Nummer -1 a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Erwägung 26

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Erwägung 26 entfällt.**

## Abänderung 254

### Vorschlag für eine Verordnung

Anhang – Abschnitt 19 – Nummer -1 b (neu)

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Erwägung 26 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(26a) Die Durchführung der Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass vorläufiger und endgültiger Maßnahmen und die Einstellung einer Untersuchung ohne die Einführung von Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.**

---

<sup>1</sup>ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“

## Abänderung 255

### Vorschlag für eine Verordnung

Anhang – Abschnitt 19 – Nummer -1 c (neu)

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Erwägung 26 b (neu)

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(26b) Für den Erlass vorläufiger Maßnahmen und die Einstellung einer Untersuchung sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Maßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## Abänderung 256

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer -1 d (neu)

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 10 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

**-1d. Artikel 10 Absatz 1 Unterabsatz 2 erhält folgende Fassung:**

**„Der Antrag kann an die Kommission oder einen Mitgliedstaat gerichtet werden, der ihn an die Kommission weiterleitet. Die Kommission übermittelt den Mitgliedstaaten eine Abschrift aller Anträge, die ihr zugehen. Der Antrag gilt an dem ersten Arbeitstag nach Eingang als Einschreiben bei der Kommission oder nach Ausstellen einer Empfangsbestätigung durch die Kommission als gestellt. Vor der Einleitung des Verfahrens unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten und gibt ihnen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.“**

## Abänderung 257

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 11 – Absatz 9

#### *Vorschlag der Kommission*

9. Bei Verfahren nach Artikel 10 Absatz 11 wird die Untersuchung, wenn möglich, innerhalb **eines Jahres** abgeschlossen. Im Regelfall werden solche Untersuchungen innerhalb von **13 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen, und zwar auf der Grundlage der Feststellungen nach Artikel 13 im Fall von Verpflichtungen oder der Feststellungen nach Artikel 15 im Fall endgültiger Maßnahmen. **In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens 18 Monate zu verlängern.**

#### *Geänderter Text*

9. Bei Verfahren nach Artikel 10 Absatz 11 wird die Untersuchung, wenn möglich, innerhalb **von 11 Monaten** abgeschlossen. In jedem Fall werden solche Untersuchungen innerhalb von **12 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen, und zwar auf der Grundlage der Feststellungen nach Artikel 13 im Fall von Verpflichtungen oder der Feststellungen nach Artikel 15 im Fall endgültiger Maßnahmen.

## Abänderung 258

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 2 a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 11 – Absatz 9 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**2a. In Artikel 11 wird folgender Absatz eingefügt:**

**„9a. Spätestens siebeneinhalb Monate nach der Einleitung der Untersuchung konsultiert die Kommission die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission im Rahmen dieser Konsultation mit, ob sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach den Artikeln 14 und 15 mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen, durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang**

*gesetzt wird. Ist dies der Fall, kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, die Frist in Absatz 9 auf höchstens 13 Monate zu verlängern. Die Kommission veröffentlicht diesen Beschluss.“*

## Abänderung 259

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 3 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 12 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

„Die vorläufigen Zölle werden frühestens 60 Tage und spätestens **9 Monate** nach der Einleitung des Verfahrens eingeführt. **In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung** kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf bis zu **12 Monate** zu verlängern.“

#### *Geänderter Text*

„Die vorläufigen Zölle werden frühestens 60 Tage und spätestens **8 Monate** nach der Einleitung des Verfahrens eingeführt. **Teilen die Mitgliedstaaten der Kommission gemäß Artikel 11 Absatz 9a mit, dass sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach den Artikeln 14 und 15 mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen, durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang gesetzt wird,** kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens **9 Monate** zu verlängern.

## Abänderung 260

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 4 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 13 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Werden Verpflichtungen angenommen, so wird die Untersuchung eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem **Verfahren** des Artikels 25 Absatz 2 ein.

#### *Geänderter Text*

5. Werden Verpflichtungen angenommen, so wird die Untersuchung eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem **Prüfverfahren** des Artikels 25 Absatz 2 ein. **Der Vorsitz kann die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren gemäß Artikel 15**

## Abänderung 261

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 5**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 14 – Absatz 2

### *Vorschlag der Kommission*

Stellt sich heraus, dass keine Schutzmaßnahmen notwendig sind, so wird die Untersuchung oder das Verfahren eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Verfahren* des Artikels 25 Absatz 2 ein.

### *Geänderter Text*

Stellt sich heraus, dass keine Schutzmaßnahmen notwendig sind, so wird die Untersuchung oder das Verfahren eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Beratungsverfahren* des *Artikels 25 Absatz 1a* ein. *Der Vorsitz kann die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren gemäß Artikel 15 Absatz 5 einholen.*

## Abänderung 262

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 10 – Buchstabe a**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 22 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

### *Vorschlag der Kommission*

Die Überprüfungen nach den Artikeln 18 und 19 werden ohne Verzögerungen durchgeführt und normalerweise innerhalb von **12 Monaten** nach der Einleitung der Überprüfung abgeschlossen. Überprüfungen nach den Artikeln 18 und 19 werden im Regelfall innerhalb von **15 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen. *In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung* kann die Kommission spätestens **9 Monate** nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens **18 Monate** zu verlängern.

### *Geänderter Text*

Die Überprüfungen nach den Artikeln 18 und 19 werden ohne Verzögerungen durchgeführt und normalerweise innerhalb von **11 Monaten** nach der Einleitung der Überprüfung abgeschlossen. Überprüfungen nach den Artikeln 18 und 19 werden in jedem Fall innerhalb von **14 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen. *Spätestens siebeneinhalb Monate nach der Einleitung der Untersuchung gemäß Artikel 11 konsultiert die Kommission die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission im Rahmen dieser Konsultation mit, ob sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach den Artikeln 14 und 15 mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen,*

*durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang gesetzt wird. Ist dies der Fall, kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens 15 Monate zu verlängern. Die Kommission veröffentlicht diesen Beschluss.*

## Abänderung 263

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 10 – Buchstabe c

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 22 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Überprüfungen nach Maßgabe der Artikel 18, 19 und 20 werden von der Kommission eingeleitet.

#### *Geänderter Text*

2. Überprüfungen nach Maßgabe der Artikel 18, 19 und 20 werden von der Kommission eingeleitet. *Vor der Einleitung des Verfahrens unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten und gibt ihnen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.*

## Abänderung 264

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 12 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 597/2009

Artikel 24 – Absatz 4 – Unterabsatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann durch die Kommission nach dem *Verfahren* des *Artikels 25 Absatz 2* für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden.

#### *Geänderter Text*

4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann durch die Kommission nach dem *Beratungsverfahren* des *Artikels 25 Absatz 1a* für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden.

## Abänderung 265

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 13**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 25 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011. Der Beratungsausschuss gibt innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.**

## Abänderung 266

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 13**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 25 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [5] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]**.

2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011. Der Prüfausschuss gibt innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.**

## Abänderung 267

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 13**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 25 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

## **Abänderung 268**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 13**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 25 – Absatz 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4a. Wird dem Berufungsausschuss gemäß Artikel 5 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 ein Entwurf des Durchführungsrechtsakts vorgelegt, gibt er innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.***

## **Abänderung 269**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 13**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 25 – Absatz 4 b (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***4b. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.***

## **Abänderung 270**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 19 – Nummer 16 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 597/2009  
Artikel 33 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***16a. Folgender Artikel wird eingefügt:  
„Artikel 33a  
Bericht***

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Anwendung vorläufiger und endgültiger Maßnahmen, die Einleitung vorheriger Überwachungsmaßnahmen, die Einstellung von Untersuchungen ohne die Einführung von Maßnahmen, die Überprüfungen und Kontrollbesuche und die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind.**

**2. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.**

**3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## **Abänderung 271**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 20 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 260/2009  
Erwägung 11

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 11 erhält folgende Fassung:**

**„(11) Die Durchführung der Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass vorläufiger und endgültiger Schutzmaßnahmen und die Einleitung vorheriger Überwachungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze,**

*nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.“*

## **Abänderung 272**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 20 – Nummer - 1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 260/2009  
Erwägung 11 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*-1a. Folgende Erwägung wird eingefügt:*

*„(11a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“*

## **Abänderung 273**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 260/2009  
Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.*

## Abänderung 274

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 4 – Absatz 3

#### *Vorschlag der Kommission*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

#### *Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

## Abänderung 275

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 2

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 4 – Absatz 3 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 276

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 6

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 11 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Der Beschluss über die Einführung einer Überwachung wird von der Kommission nach dem **Verfahren des Artikels 16 Absatz 6** gefasst.

#### *Geänderter Text*

2. Der Beschluss über die Einführung einer Überwachung wird von der Kommission **im Wege von Durchführungsrechtsakten nach dem in Artikel 4 Absatz 1a vorgesehenen Beratungsverfahren** gefasst.

## Abänderung 277

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 8

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 16 – Absätze 6 und 7

#### *Vorschlag der Kommission*

6. Ist das Eingreifen der Kommission von einem Mitgliedstaat beantragt worden, so fasst diese nach dem Verfahren des **Artikels 4 Absatz 2** innerhalb von höchstens fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluss. **Bei Dringlichkeit findet Artikel 4 Absatz 3 Anwendung.**

#### *Geänderter Text*

6. Ist das Eingreifen der Kommission von einem Mitgliedstaat beantragt worden, so fasst diese nach dem Verfahren des **Artikels 4 Absatz 3** innerhalb von höchstens fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluss.

## Abänderung 278

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 11

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 23

#### *Vorschlag der Kommission*

Wenn die Interessen der Union es erfordern, kann die Kommission nach dem **Verfahren** des Artikels 4 Absatz 2 die geeigneten Maßnahmen erlassen, um auf internationaler Ebene die Rechte der Union oder aller Mitgliedstaaten wahrzunehmen oder die Verpflichtungen der Union oder aller Mitgliedstaaten zu erfüllen, insbesondere hinsichtlich des Handels mit Grundstoffen.“

#### *Geänderter Text*

Wenn die Interessen der Union es erfordern, kann die Kommission nach dem **Prüfverfahren** des Artikels 4 Absatz 2 die geeigneten Maßnahmen **zur Durchführung von Rechtsakten, die keine wesentlichen Änderungen umfassen dürfen, erlassen**, um auf internationaler Ebene die Rechte der Union oder aller Mitgliedstaaten wahrzunehmen oder die Verpflichtungen der Union oder aller Mitgliedstaaten zu erfüllen, insbesondere hinsichtlich des Handels mit Grundstoffen.

## Abänderung 279

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 20 – Nummer 11 a (neu)

Verordnung (EG) Nr. 260/2009

Artikel 23 a (neu)

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

**11a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 23a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Anwendung vorläufiger und endgültiger Maßnahmen, vorherige Überwachungsmaßnahmen, regionale Überwachungs- und Schutzmaßnahmen, die Einstellung von Untersuchungen ohne die Einführung von Maßnahmen und die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind.**

**2. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.**

**3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

**Abänderung 280**

**Vorschlag für eine Verordnung  
Anhang – Abschnitt 21 – Nummer -1 (neu)  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1. Erwägung 10 erhält folgende Fassung:**

**„(10) Die Durchführung dieser Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass vorläufiger und endgültiger Schutzmaßnahmen und die Einleitung vorheriger Überwachungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011**

*des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup>*ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

## **Abänderung 281**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer -1 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Erwägung 10 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(10a) Für den Erlass von Überwachungsmaßnahmen und vorläufigen Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Schutzmaßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“**

## **Abänderung 282**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 4 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011.**

## Abänderung 283

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 4 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

## Abänderung 284

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 4 – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 285

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 5 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 9 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5a. In Artikel 9 wird folgender Absatz eingefügt:**

**„1a. Die Beschlüsse gemäß Absatz 1 werden von der Kommission im Wege von Durchführungsrechtsakten nach dem in Artikel 4 Absatz 1a vorgesehenen Beratungsverfahren gefasst.“**

## Abänderung 286

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 5 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 11 – Spiegelstrich 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5b. In Artikel 11 erhält der zweite Spiegelstrich folgende Fassung:**

**„– die Ausstellung dieses Dokuments von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen, in Ausnahmefällen von einer Widerrufungsklausel [...].“**

## Abänderung 287

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 6**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 12

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Ist die Einfuhr einer Ware keiner vorherigen Überwachung durch die Union unterstellt worden, so kann die Kommission die für eine Region oder mehrere Regionen der Union bestimmten Einfuhren einer entsprechend begrenzten Überwachung gemäß Artikel 17 unterstellen.

Ist die Einfuhr einer Ware keiner vorherigen Überwachung durch die Union unterstellt worden, so kann die Kommission die für eine Region oder mehrere Regionen der Union bestimmten Einfuhren einer entsprechend begrenzten Überwachung **im Wege von Durchführungsrechtsakten nach dem in Artikel 4 Absatz 1a vorgesehenen Beratungsverfahren und** gemäß Artikel 17 unterstellen.

## Abänderung 288

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 7 – Buchstabe b**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 15 – Absätze 4-6

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

4. Ist das Eingreifen der Kommission von einem Mitgliedstaat beantragt worden, so fasst sie nach dem Verfahren des **Artikels 4**

4. Ist das Eingreifen der Kommission von einem Mitgliedstaat beantragt worden, so fasst sie nach dem Verfahren des **Artikels 4**

**Absatz 2** innerhalb von höchstens fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluss. **Bei Dringlichkeit findet Artikel 4 Absatz 3 Anwendung.**

**Absatz 3** innerhalb von höchstens fünf Arbeitstagen nach Eingang des Antrags einen Beschluss.

## Abänderung 289

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 8**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 16 – Absatz 1

### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Kommission kann insbesondere in dem in Artikel 15 Absatz 1 genannten Fall nach dem **Verfahren** des Artikels 4 Absatz 2 geeignete **Maßnahmen** erlassen.

### *Geänderter Text*

1. Die Kommission kann insbesondere in dem in Artikel 15 Absatz 1 genannten Fall nach dem **Prüfverfahren** des Artikels 4 Absatz 2 geeignete **Schutzmaßnahmen** erlassen.

## Abänderung 290

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 8 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 18 – Absatz 1 – Einleitung

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

**8a. Der einleitende Teil von Artikel 18 Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

**„1. Während des Anwendungszeitraums von Überwachungs- oder Schutzmaßnahmen, die gemäß den Kapiteln IV und V eingeführt wurden, finden in dem in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Ausschuss auf Antrag eines Mitgliedstaats oder auf Veranlassung der Kommission Konsultationen statt, um“**

## Abänderung 291

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 21 – Nummer 9 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 625/2009  
Artikel 19 a (neu)

**9a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 19a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Anwendung vorläufiger und endgültiger Maßnahmen, vorherige Überwachungsmaßnahmen, regionale Überwachungs- und Schutzmaßnahmen und die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind.**

**2. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.**

**3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“**

## **Abänderung 292**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 22 – Nummer -1 (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1061/2009  
Erwägung 11 a (neu)

**-1. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(11a) Die Durchführung der Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass von Schutzmaßnahmen, um einer durch einen Mangel an lebenswichtigen Gütern bedingten Krisenlage vorzubeugen oder**

*entgegenzuwirken und die Ausfuhr eines Erzeugnisses von der Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung abhängig zu machen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren,<sup>1</sup> erlassen werden.*

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.*“

### **Abänderung 293**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 22 – Nummer 2**  
Verordnung (EG) Nr. 1061/2009  
Artikel 4 – Absatz 3 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*3a. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, so wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz des Ausschusses dies innerhalb der Frist zur Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.*

### **Abänderung 294**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 22 – Nummer 3 – Buchstabe a a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1061/2009  
Artikel 6 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(aa) Absatz 2 erhält folgende Fassung:*

*„2. Die ergriffenen Maßnahmen werden dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Mitgliedstaaten mitgeteilt; sie sind sofort anwendbar.“*

## Abänderung 295

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 22 – Nummer 5 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1061/2009  
Artikel 9 – Absatz 1

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5a. Artikel 9 Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

**„Für die in Anhang I genannten Waren werden bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Europäische Parlament und der Rat geeignete Maßnahmen aufgrund der internationalen Verpflichtungen der Union oder aller ihrer Mitgliedstaaten erlassen haben, die Mitgliedstaaten ermächtigt, unbeschadet der einschlägigen Bestimmungen der Union die Verfahren anzuwenden, die für den Krisenfall eine Zuteilungspflicht gegenüber Drittländern vorsehen und Gegenstand internationaler Verpflichtungen sind, die sie vor Inkrafttreten dieser Verordnung eingegangen sind.“**

## Abänderung 296

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 22 – Nummer 5 b (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1061/2009  
Artikel 9 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5b. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 9a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Anwendung von Schutzmaßnahmen und die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und**

*der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind.*

*2. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung dieser Verordnung zu erörtern und zu klären.*

*3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*

## Abänderung 297

### Vorschlag für eine Verordnung Anhang – Abschnitt 23

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

*23. Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete*

*entfällt*

*Hinsichtlich der Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 sollte die Kommission ermächtigt werden, die Maßnahmen, die zur Durchführung der besagten Verordnung erforderlich sind, nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011] des Europäischen Parlaments und des Rates vom [xx.yy.2011] zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren, zu treffen.*

*Dementsprechend wird Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 wie folgt geändert:*

*1. Artikel 2 wird wie folgt geändert:*

*a) Absatz 2 Unterabsatz 2 wird gestrichen;*

*b) Folgender Absatz 3 wird eingefügt:*

*„3. Bei Nichteinhaltung der Bestimmungen der Absätze 1 oder 2 können die dem Land mit dieser Verordnung gewährten Vorteile nach dem Verfahren des Artikels 8a Absatz 2 ganz oder teilweise ausgesetzt werden.“*

*2. Folgender Artikel 8a wird eingefügt:*

*„Artikel 8a*

*Ausschuss*

*1. Für die Zwecke der Artikel 2 und 10 wird die Kommission vom Durchführungsausschuss für den westlichen Balkan unterstützt. Bei diesem Ausschuss handelt es sich um einen Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. [...]/2011].*

*2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel [5] der Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011].“*

*3. Artikel 10 wird wie folgt geändert:*

*a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:*

*(1) Buchstabe a erhält folgende Fassung:*

*„a) den Durchführungsausschuss für den westlichen Balkan unterrichtet hat;“*

*(2) Folgender Unterabsatz 2 wird eingefügt:*

*„Die Maßnahmen nach Unterabsatz 1 werden nach dem Verfahren des Artikels 8a Absatz 2 getroffen.“*

*b) Absatz 2 wird gestrichen;*

*c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:*

*„Bei Ablauf des Aussetzungszeitraums beschließt die Kommission entweder, die zeitweilige Aussetzung zu beenden oder die Aussetzung nach Absatz 1 zu verlängern.“*

## **Abänderung 298**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 24 – Nummer -1 (neu)**

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Erwägung 15

**-1. Erwägung 15 erhält folgende Fassung:**

**„(15) Es ist notwendig, den Abschluss von Verfahren mit oder ohne Maßnahmen normalerweise innerhalb von zwölf Monaten und spätestens von 14 Monaten nach der Einleitung der Untersuchung vorzusehen. Nur wenn die Mitgliedstaaten der Kommission mitteilen, dass sie bei der Entscheidungsfindung mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen und es erforderlich sein wird, gemäß Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren<sup>1</sup>, dem Berufungsausschuss einen Entwurf des Durchführungsrechtsakts vorzulegen, sollte die Kommission beschließen können, die Frist auf höchstens 15 Monate zu verlängern.**

**Untersuchungen oder Verfahren sollten eingestellt werden, wenn das Dumping geringfügig oder die Schädigung unerheblich ist, und es empfiehlt sich, diese Begriffe zu definieren. In den Fällen, in denen Maßnahmen einzuführen sind, sollte der Abschluss der Untersuchungen vorgesehen und festgelegt werden, dass die Maßnahmen niedriger als die Dumpingspannen sein sollten, wenn ein niedrigerer Betrag zur Beseitigung der Schädigung ausreicht, und ferner sollte die Methode für die Berechnung der Höhe der Maßnahmen im Falle einer Stichprobenauswahl bestimmt werden.**

---

<sup>1</sup> *ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.* "

## Abänderung 299

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer -1 a (neu)

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Erwägung 27

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1a. Erwägung 27 entfällt.**

## Abänderung 300

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer -1 b (neu)

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Erwägung 28

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1b. Erwägung 28 erhält folgende Fassung:**

**„(28) Die Durchführung der Verordnung erfordert einheitliche Bedingungen für den Erlass vorläufiger und endgültiger Zölle und die Einstellung einer Untersuchung ohne die Einführung von Maßnahmen. Diese Maßnahmen sollten von der Kommission nach der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 erlassen werden.“**

## Abänderung 301

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer -1 c (neu)

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Erwägung 28 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**-1c. Folgende Erwägung wird eingefügt:**

**„(28a) Für die Verlängerung der Aussetzung von Maßnahmen, die Einstellung von Untersuchungen und den Erlass vorläufiger Maßnahmen sollte das Beratungsverfahren zur Anwendung gelangen, da sich diese Maßnahmen und ihre Folgen auf den Erlass endgültiger Maßnahmen auswirken. Würde eine Verzögerung bei der Einführung von**

***Maßnahmen zu einem schwer wiedergutzumachenden Schaden führen, muss die Kommission die Möglichkeit haben, sofort anwendbare vorläufige Maßnahmen zu erlassen.“***

## **Abänderung 302**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 1**

Verordnung (EG) Nr. 1225/2009

Artikel 2 – Absatz 7 – letzter Unterabsatz

#### *Vorschlag der Kommission*

Eine Entscheidung der Kommission darüber, ob der Hersteller den vorstehend aufgeführten Kriterien entspricht, erfolgt innerhalb von ***sechs Monaten*** ab dem Beginn der Untersuchung, nachdem dem Wirtschaftszweig der Union die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt wurde. ***Diese Entscheidung bleibt sodann während der gesamten Untersuchung gültig.***

#### *Geänderter Text*

Eine Entscheidung der Kommission darüber, ob der Hersteller den vorstehend aufgeführten Kriterien entspricht, erfolgt innerhalb ***eines Standardzeitraums*** von ***drei Monaten*** ab dem Beginn der Untersuchung, nachdem dem Wirtschaftszweig der Union die Möglichkeit zur Stellungnahme ***innerhalb eines Zeitraums von mindestens einem Monat*** eingeräumt wurde.

## **Abänderung 303**

### **Vorschlag für eine Verordnung**

#### **Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 1 a (neu)**

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 5 – Absatz 1 – Unterabsatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

#### *Geänderter Text*

***1a. In Artikel 5 Absatz 1 erhält Unterabsatz 2 folgende Fassung:***

***„Der Antrag kann an die Kommission oder einen Mitgliedstaat gerichtet werden, der ihn an die Kommission weiterleitet. Die Kommission übermittelt den Mitgliedstaaten eine Abschrift aller Anträge, die ihr zugehen. Der Antrag gilt an dem ersten Arbeitstag nach Eingang als Einschreiben bei der Kommission oder nach Ausstellen einer Empfangsbestätigung durch die Kommission als gestellt. Vor der Einleitung des Verfahrens unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten und gibt***

*ihnen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.“*

## **Abänderung 304**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 3**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 6 – Absatz 9

### *Vorschlag der Kommission*

Bei Verfahren nach Artikel 5 Absatz 9 wird die Untersuchung, wenn möglich, innerhalb eines Jahres abgeschlossen. Im Regelfall werden solche Untersuchungen innerhalb von **15 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen, und zwar auf der Grundlage der Feststellungen nach Artikel 8 im Fall von Verpflichtungen oder der Feststellungen nach Artikel 9 im Fall endgültiger Maßnahmen. ***In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung kann die Kommission spätestens 9 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens 18 Monate zu verlängern.***

### *Geänderter Text*

Bei Verfahren nach Artikel 5 Absatz 9 wird die Untersuchung, wenn möglich, innerhalb eines Jahres abgeschlossen. In jedem Fall werden solche Untersuchungen innerhalb von **14 Monaten** nach ihrer Einleitung abgeschlossen, und zwar auf der Grundlage der Feststellungen nach Artikel 8 im Fall von Verpflichtungen oder der Feststellungen nach Artikel 9 im Fall endgültiger Maßnahmen.

## **Abänderung 305**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 3 a (neu)**  
Verordnung (EG) Nr. 1225/2009  
Artikel 6 – Absatz 9 a (neu)

### *Vorschlag der Kommission*

### *Geänderter Text*

***3a. In Artikel 6 wird folgender Absatz hinzugefügt:***

***„9a. Spätestens siebeneinhalb Monate nach der Einleitung der Untersuchung konsultiert die Kommission die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission im Rahmen dieser Konsultation mit, ob sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach Artikel 9 mit erheblichen***

*Meinungsverschiedenheiten rechnen, durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang gesetzt wird. Ist dies der Fall, kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, die Frist in Artikel 6 Absatz 9 auf höchstens 15 Monate zu verlängern. Die Kommission veröffentlicht diesen Beschluss.“*

## Abänderung 306

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 4 – Buchstabe a

Verordnung (EG) Nr. 1225/2009

Artikel 7 – Absatz 1

#### *Vorschlag der Kommission*

Vorläufige Zölle können eingeführt werden, wenn ein Verfahren nach Artikel 5 eingeleitet wurde, eine entsprechende Bekanntmachung veröffentlicht wurde und die interessierten Parteien nach Artikel 5 Absatz 10 ausreichend Gelegenheit erhielten, Informationen vorzulegen und Stellungnahmen abzugeben, und wenn vorläufig festgestellt wurde, dass Dumping vorliegt und ein Wirtschaftszweig der Union dadurch geschädigt wird, und wenn das Unionsinteresse Maßnahmen zur Beseitigung dieser Schädigung erforderlich macht. Die vorläufigen Zölle werden frühestens 60 Tage und spätestens **9 Monate** nach der Einleitung des Verfahrens eingeführt. ***In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung*** kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf bis zu **12 Monate** zu verlängern.

#### *Geänderter Text*

Vorläufige Zölle können eingeführt werden, wenn ein Verfahren nach Artikel 5 eingeleitet wurde, eine entsprechende Bekanntmachung veröffentlicht wurde und die interessierten Parteien nach Artikel 5 Absatz 10 ausreichend Gelegenheit erhielten, Informationen vorzulegen und Stellungnahmen abzugeben, und wenn vorläufig festgestellt wurde, dass Dumping vorliegt und ein Wirtschaftszweig der Union dadurch geschädigt wird, und wenn das Unionsinteresse Maßnahmen zur Beseitigung dieser Schädigung erforderlich macht. Die vorläufigen Zölle werden frühestens 60 Tage und spätestens **8 Monate** nach der Einleitung des Verfahrens eingeführt. ***Teilen die Mitgliedstaaten der Kommission gemäß Artikel 6 Absatz 10 mit, dass sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach Artikel 9 mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen, durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang gesetzt wird,*** kann die Kommission spätestens 8 Monate nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens **9 Monate** zu verlängern.

## Abänderung 307

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 5 – Buchstabe b

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 8 – Absatz 5

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Werden Verpflichtungen angenommen, so wird die Untersuchung eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Verfahren* des Artikels 15 Absatz 2 ein.

#### *Geänderter Text*

5. Werden Verpflichtungen angenommen, so wird die Untersuchung eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Prüfverfahren* des Artikels 15 Absatz 2 ein. ***Der Vorsitz kann die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren gemäß Artikel 15 Absatz 4 einholen.***

## Abänderung 308

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 6 – Buchstabe a

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 9 – Absatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Stellt sich heraus, dass keine Schutzmaßnahmen notwendig sind, so wird die Untersuchung oder das Verfahren eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Verfahren* des *Artikels 15 Absatz 2* ein.“

#### *Geänderter Text*

2. Stellt sich heraus, dass keine Schutzmaßnahmen notwendig sind, so wird die Untersuchung oder das Verfahren eingestellt. Die Kommission stellt die Untersuchung nach dem *Beratungsverfahren* des *Artikels 15 Absatz 1a* ein. ***Der Vorsitz kann die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren gemäß Artikel 15 Absatz 4 einholen.***“

## Abänderung 309

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 8 – Buchstabe b

Verordnung (EG) Nr. 1225/2009

Artikel 11 – Absatz 5 – Unterabsätze 1 und 2

#### *Vorschlag der Kommission*

Die einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung über die Verfahren und den Ablauf von Untersuchungen, abgesehen von den Bestimmungen über die Fristen,

#### *Geänderter Text*

Die einschlägigen Bestimmungen dieser Verordnung über die Verfahren und den Ablauf von Untersuchungen, abgesehen von den Bestimmungen über die Fristen,

gelten für die Überprüfungen nach den Absätzen 2, 3 und 4. Die Überprüfungen nach den Absätzen 2 und 3 werden ohne Verzögerungen durchgeführt und normalerweise innerhalb von zwölf Monaten nach der Einleitung der Überprüfung abgeschlossen. Die Überprüfungen nach den Absätzen 2 und 3 werden im Regelfall innerhalb von 15 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen. ***In Ausnahmefällen und unter Berücksichtigung der Komplexität der Untersuchung*** kann die Kommission spätestens ***9 Monate*** nach Einleitung der Untersuchung beschließen, diese Frist auf höchstens ***18 Monate*** zu verlängern. Überprüfungen nach Absatz 4 werden in jedem Fall innerhalb von neun Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen. Wird in einem Verfahren eine Überprüfung nach Absatz 2 eingeleitet, während in demselben Verfahren eine Überprüfung nach Absatz 3 anhängig ist, so wird die Überprüfung nach Absatz 3 zu demselben Zeitpunkt abgeschlossen, zu dem auch die Überprüfung nach Absatz 2 abgeschlossen sein muss.

gelten für die Überprüfungen nach den Absätzen 2, 3 und 4. Die Überprüfungen nach den Absätzen 2 und 3 werden ohne Verzögerungen durchgeführt und normalerweise innerhalb von zwölf Monaten nach der Einleitung der Überprüfung abgeschlossen. Die Überprüfungen nach den Absätzen 2 und 3 werden in jedem Fall innerhalb von 14 Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen. ***Spätestens siebeneinhalb Monate nach der Einleitung der Untersuchung gemäß Artikel 6 konsultiert die Kommission die Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Untersuchung. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission im Rahmen dieser Konsultation mit, ob sie bei der Entscheidungsfindung für endgültige Maßnahmen nach Artikel 9 mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten rechnen, durch die wahrscheinlich das Berufungsverfahren gemäß Artikel 6 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 in Gang gesetzt wird.*** Ist dies der Fall, kann die Kommission spätestens ***8 Monate*** nach Einleitung der Untersuchung beschließen, die Frist auf höchstens ***15 Monate*** zu verlängern. ***Die Kommission veröffentlicht diesen Beschluss.*** Überprüfungen nach Absatz 4 werden in jedem Fall innerhalb von neun Monaten nach ihrer Einleitung abgeschlossen. Wird in einem Verfahren eine Überprüfung nach Absatz 2 eingeleitet, während in demselben Verfahren eine Überprüfung nach Absatz 3 anhängig ist, so wird die Überprüfung nach Absatz 3 zu demselben Zeitpunkt abgeschlossen, zu dem auch die Überprüfung nach Absatz 2 abgeschlossen sein muss.

## Abänderung 310

### Vorschlag für eine Verordnung

#### Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 8 – Buchstabe c

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 11 – Absatz 6

*Vorschlag der Kommission*

6. Überprüfungen nach Maßgabe dieses Artikels werden von der Kommission eingeleitet. Sofern die Überprüfungen dies rechtfertigen, werden die Maßnahmen gemäß Absatz 2 aufgehoben oder aufrechterhalten oder gemäß den Absätzen 3 und 4 aufgehoben, aufrechterhalten oder geändert. Werden Maßnahmen für einzelne Ausführer, aber nicht für das Land als Ganzes aufgehoben, so bleiben diese Ausführer weiterhin in das Verfahren einbezogen und können im Rahmen einer für dieses Land nach Maßgabe dieses Artikels durchgeführten Überprüfung automatisch erneut untersucht werden.

*Geänderter Text*

6. Überprüfungen nach Maßgabe dieses Artikels werden von der Kommission eingeleitet. ***Vor der Einleitung des Verfahrens unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten und gibt ihnen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.*** Sofern die Überprüfungen dies rechtfertigen, werden die Maßnahmen gemäß Absatz 2 aufgehoben oder aufrechterhalten oder gemäß den Absätzen 3 und 4 aufgehoben, aufrechterhalten oder geändert. Werden Maßnahmen für einzelne Ausführer, aber nicht für das Land als Ganzes aufgehoben, so bleiben diese Ausführer weiterhin in das Verfahren einbezogen und können im Rahmen einer für dieses Land nach Maßgabe dieses Artikels durchgeführten Überprüfung automatisch erneut untersucht werden.

**Abänderung 311**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 9 – Buchstabe c**

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 12 – Absatz 4 – Unterabsätze 1 und 2

*Vorschlag der Kommission*

Die einschlägigen Bestimmungen der Artikel 5 und 6 gelten für die Wiederaufnahme nach diesem Artikel, wobei jedoch diese Überprüfung ohne Verzögerung durchgeführt und normalerweise innerhalb von ***neun Monaten*** nach der Wiederaufnahme der Untersuchung abgeschlossen wird. Solche Überprüfungen werden in jedem Fall innerhalb von ***einem Jahr*** nach der Wiederaufnahme der Untersuchung abgeschlossen.

*Geänderter Text*

Die einschlägigen Bestimmungen der Artikel 5 und 6 gelten für die Wiederaufnahme nach diesem Artikel, wobei jedoch diese Überprüfung ohne Verzögerung durchgeführt und normalerweise innerhalb von ***sechs Monaten*** nach der Wiederaufnahme der Untersuchung abgeschlossen wird. Solche Überprüfungen werden in jedem Fall innerhalb von ***zehn Monaten*** nach der Wiederaufnahme der Untersuchung abgeschlossen.

**Abänderung 312**

**Vorschlag für eine Verordnung**

**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 11 – Buchstabe a**

Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009

Artikel 14 – Absatz 4

*Vorschlag der Kommission*

4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann durch die Kommission nach dem **Verfahren des Artikels 15 Absatz 2** für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden. Maßnahmen dürfen nur ausgesetzt werden, wenn sich die Marktbedingungen vorübergehend derart geändert haben, dass eine erneute Schädigung aufgrund der Aussetzung unwahrscheinlich ist, vorausgesetzt, dem Wirtschaftszweig der Union wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und diese Stellungnahme wurde berücksichtigt. Die Maßnahmen können jederzeit wieder in Kraft gesetzt werden, wenn die Gründe für die Aussetzung nicht mehr bestehen.

*Geänderter Text*

4. Im Interesse der Union können die gemäß dieser Verordnung eingeführten Maßnahmen durch einen Beschluss der Kommission für einen Zeitraum von neun Monaten ausgesetzt werden. Die Aussetzung kann durch die Kommission nach dem **Beratungsverfahren des Artikels 15 Absatz 1a** für einen weiteren Zeitraum, der ein Jahr nicht überschreiten darf, verlängert werden. Maßnahmen dürfen nur ausgesetzt werden, wenn sich die Marktbedingungen vorübergehend derart geändert haben, dass eine erneute Schädigung aufgrund der Aussetzung unwahrscheinlich ist, vorausgesetzt, dem Wirtschaftszweig der Union wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben und diese Stellungnahme wurde berücksichtigt. Die Maßnahmen können jederzeit wieder in Kraft gesetzt werden, wenn die Gründe für die Aussetzung nicht mehr bestehen.

**Abänderung 313**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 12**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 15 – Absatz 1 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***1a. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011. Der Beratungsausschuss gibt innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.***

**Abänderung 314**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 12**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 15 – Absatz 2

*Vorschlag der Kommission*

2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [5]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]**.

*Geänderter Text*

2. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 5** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011**. **Der Prüfausschuss gibt innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.**

**Abänderung 315**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 12**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 15 – Absatz 3

*Vorschlag der Kommission*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel [8]** der **Verordnung (EU) Nr. [xxxx/2011]** in Verbindung mit deren **Artikel [5]**.

*Geänderter Text*

3. Bei Bezugnahmen auf diesen Absatz gilt **Artikel 8** der **Verordnung (EU) Nr. 182/2011** in Verbindung mit deren **Artikel 4**.

**Abänderung 316**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 12**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

**4a. Wird dem Berufungsausschuss gemäß Artikel 5 Absatz 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 ein Entwurf des Durchführungsrechtsakts vorgelegt, gibt er innerhalb eines Monats nach seiner Befassung seine Stellungnahme ab. Änderungsvorschläge müssen spätestens drei Tage vor der Sitzung des Ausschusses eingereicht werden.**

*Geänderter Text*

**Abänderung 317**

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 12**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 15 – Absatz 4 b (neu)

**4b. Wird die Stellungnahme des Ausschusses im schriftlichen Verfahren eingeholt, wird das Verfahren ohne Ergebnis abgeschlossen, wenn der Vorsitz dies innerhalb der Frist für die Abgabe der Stellungnahme beschließt oder die Mehrheit der Ausschussmitglieder dies verlangt.**

## Abänderung 318

**Vorschlag für eine Verordnung**  
**Anhang – Abschnitt 24 – Nummer 15 a (neu)**  
Verordnung (EWG) Nr. 1225/2009  
Artikel 22 a (neu)

**15a. Folgender Artikel wird eingefügt:**

**„Artikel 22a**

**Bericht**

**1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes vertraulicher Informationen im Sinne des Artikels 19 jedes Jahr einen Bericht über die Anwendung und Durchführung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält Informationen über die Anwendung vorläufiger und endgültiger Maßnahmen, die Einstellung von Untersuchungen ohne die Einführung von Maßnahmen, die Wiederaufnahme von Untersuchungen, die Überprüfungen und Kontrollbesuche und die Tätigkeiten der verschiedenen Gremien, die für die Überwachung der Durchführung dieser Verordnung und der Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Verordnung verantwortlich sind.**

**2. Das Europäische Parlament kann binnen eines Monats, nachdem die Kommission ihren Bericht vorgelegt hat, die Kommission zu einer Ad-hoc-Sitzung seines zuständigen Ausschusses einladen, um Fragen zur Durchführung dieser**

*Verordnung zu erörtern und zu klären.*

*3. Die Kommission veröffentlicht den Bericht spätestens sechs Monate, nachdem sie ihn dem Europäischen Parlament vorgelegt hat.“*